Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertzweiundneunzigste öffentliche Sitzung

Nr. 192

Montag, den 20. November 1950

VI. Band

	Seite
Geschäftliche Mitteilungen	1343, 1345, 1354
Persönliche Erklärung des Abg. Riedmiller (SPD)	1344
Antrag der Abg. Michel, Dr. Hoegner, Ortloph, Stock und Dr. Winkler betr. Erhebung des Referats 20 im Staatsministerium der Finanzen zu einer eigenen Abteilung In Verbindung damit: Abänderungsantrag des Abg. Michel betr. Hebung der Stelle des Leiters des Liegenschaftswesens im Staatsministerium der Finanzen nach Besoldungsgruppe B 8. Dr. Hundhammer (CSU)	1345
Dr. Ehard, Ministerpräsident	1345
Stock (SPD)	1345
Bezold Otto (FDP)	1345
Beschluß	1345
Antrag des Abg. Dr. Hoegner betr. Vermeidung von Härten beim Abbau von Bahnpolizisten Dr. Hundhammer (CSU)	1346
Beschluß	1346
Einwendungen des Bayerischen Senats a) gegen das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz) (Beilage 4585) b) gegen das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1950 (Haushaltsgesetz) (Beilagen 4546, 4547, 4591; Anlage 224) Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter	1346
Beschlüsse	1346, 1347
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes und über Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst (Beilagen 4450, 4425)	
Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter	1347
Donsberger (CSU) (zur Abstimmung)	1352
Abstimmung	1352

	Seite
Entwurf eines Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 4629) Ortloph (CSU), Berichterstatter	1352
Abstimmung	1353
Wahl der Beisitzer zu den Beschwerdeausschüssen bei den Außenstellen des Landesamts für Soforthilfe In Verbindung damit: Antrag des Abg. Dr. Hundhammer betr. Verlängerung der Amtszeit der bisherigen Beisitzer bis zur Neuwahl Dr. Hundhammer (CSU), Antragsteller	1353
Beschluß	1353
Dankesworte des Abg. Weingierl Alois (CSU) für die Wünsche zu seiner Wiedergenehung	1354
Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Landtags in der Wahlperiode 1946/50 Dr. Ehard, Ministerpräsident	1354
Präsident Dr. Stang	1355, 1363
Stock (SPD)	1361
Bezold Otto (FDP)	1362
Dr. Rief (FPC)	1362
Dr. Hundhammer (CSU)	1362

Die Sitzung wird um 11 Uhr 57 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident Dr. Stang: Ich eröffne die 192. Sitzung des Bayerischen Landtags, die nach den beschlußmäßig festgelegten Dispositionen unsere letzte Sitzung sein soll. Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Gröber, Huth, Mack, Pabstmann, Dr. von Brittwitz, Dr. Kindt, Dr. Wittmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebe ich nach § 67 unserer Geschäftsordnung zu einer persönlichen und sachlichen Erklärung das Wort dem Herrn Abgeordneten Riedmiller.

Riedmiller (SPD): Hohes Haus! Zunächst darf ich dem Herrn Präsidenten danken, daß er mir Gelegenheit gibt, zu einer Angelegenheit Stellung zu nehmen, die zwar rein örtlicher Natur ist, die aber über die ganze Westzone hin ihre Wellen geschlagen hat und vermutlich in der nächsten Zeit in der Ostzone noch viel breiter getreten wird.

Es handelt sich um eine Wohnungsangelegenheit, die sich in Memmingen abgepielt haben soll. Mir wurde eine Notiz des „Kemscheider General-Anzeigers“ zugesandt — ähnliche Notizen sind in fast allen Zeitungen der Westzone erschienen, soweit ich das beurteilen kann, besonders aber in der bayerischen Presse —, in der es heißt:

„Das Wohnungsamt sagte nein!

Spätheimkehrer darf nicht bei seiner Frau wohnen. Der nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft Anfang des Jahres aus Rußland heimgekehrte Karl Türck erhielt vom Amtsgericht Memmingen einen Strafbefehl (erlaßweise vier Tage Haft), weil er ohne Genehmigung des Wohnungsamts zu seiner in Memmingen wohnenden Frau gezogen ist. Türck wohnte nach seiner Entlassung zunächst bei seinen Eltern und zog zu seiner Frau, als er deren Anschrift erfuhr. Da der Spätheimkehrer bei seiner Frau wohnen blieb, obwohl ihm die Zugangsgenehmigung verweigert wurde, hatte das Wohnungsamt Memmingen Klage beim Amtsgericht erhoben.“

Wenn der Fall sich so verhalten hätte, würde ich es begreiflich finden, daß die Presse entrüstet ist. Wie die Dinge draußen gewirkt haben und wie sie verstanden beziehungsweise aufgefaßt worden sind, geht aus vielen Zuschriften und besonders aus einem Schreiben hervor, das mir aus dem Wuppertal zugegangen ist. Darin heißt es unter anderem:

„Ich lese Zeitungsmittelungen mit recht kritischen Sinnen und möchte trotz allem bezweifeln, daß sich der mitgeteilte Fall wirklich ereignet hat. Ich kann mir nicht denken, daß ein ehemaliger Wehrmachtangehöriger, der nach vielleicht langer Militärdienstzeit und nachfolgender jahrelanger Gefangenschaft endlich nach Hause und zu seiner Ehefrau zurückgefunden hat, anschließend mit Haft bestraft wird.“

Hier und auch noch in einem anderen Fall war unter den vielen Äußerungen auch die „Südwest-Korrespondenz“, glaube ich, anständig genug, den Sachverhalt nicht von vornherein als feststehend anzunehmen, sondern vorher anzufragen. Es wäre überhaupt der Presse zu wünschen, in dieser Beziehung vorsichtiger zu sein. Das nächste Mal könnte jemand behaupten: Der Oberbürgermeister von Memmingen hat silberne Büffel gestohlen! Daß jemand dann auf den Gedanken käme, das könnte nicht wahr sein, ist leider nicht sicher.

Den Nachdruck legten die Berichte — und dadurch wurde die Entrüstung ausgelöst — auf folgendes: Der Spätheimkehrer Türck ließ sich zunächst nach Hessen entlassen und erfuhr dann, seine Frau wohne in Memmingen. Die bösen Memminger hätten ihn aber dann nicht aufgenommen. — Türck hat aber schon im Jahre 1948, als er noch in russischer Kriegsgefangenschaft war, mit seiner Frau und seinen Schwiegereltern, die

in Memmingen zusammenwohnten, in Briefwechsel gestanden! — Zu Weihnachten ist er dann in ein Entlassungslager, in ein Heimkehrerlager gekommen.

Präsident Dr. Stang: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Erklärung möglichst knapp halten würden.

Riedmiller (SPD): Türck ist dann in ein Heimkehrerlager gekommen und hat an Weihnachten 1949 seine Frau besucht. Er wußte also genau, daß seine Frau in Memmingen wohnte. Er hat, nachdem er einen Tag anwesend war, sein Kind mit zu seinen Eltern nach Hersfeld in Hessen genommen, weil er es dem Kind nicht zumuten konnte, unter diesen Wohnungsverhältnissen und bei dem Gebaren seiner Frau weiter dort zu verbleiben. Später ist er wieder gekommen, das Landeszugungsamt hat ihm aber den Zugang verweigert, weil er nicht mehr als Heimkehrer galt, nachdem er schon nach Hessen entlassen worden war.

Das ist der wahre Sachverhalt. Dazu kommt noch, daß die Wohnungsverhältnisse derart waren, daß wir mit einer Räumungsklage rechnen mußten. Bei einer Räumungsklage wäre aber nicht bloß die Familie Türck, sondern wären auch die Schwiegereltern aus der Wohnung entfernt worden, und wir hätten keine Unterbringungsmöglichkeit für sie gehabt.

Bezeichnend ist, daß ein Mitglied dieses hohen Hauses an den Vorsitzenden des Wohnungsamtes folgendes Telegramm gerichtet hat:

Erhebe schärfsten Protest gegen Vorgehen im Fall Türck. Erbitten sofortige Stellungnahme.

Abgeordneter August Haußleiter.

(Heiterkeit.)

— Das hat mir Veranlassung gegeben, diese Dinge auch hier vorzutragen.

Noch ein kurzes Wort zur Presse. Die Pressephotographen, die gekommen sind, haben Memmingen wie eine eroberte Stadt behandelt, sind in den Ämtern aus- und eingegangen, haben die Leute von hinten und von vorn photographiert und dazu teilweise Bemerkungen gemacht, die ich hier nicht wiederholen will.

Das Gericht war so anständig, den Fall nicht in seiner Gesamtheit aufzurollen. Es hat Türck diese Strafe auferlegt, um die Rechtslage klarzustellen. Türck brauchte die Strafe nicht zu bezahlen. Trotzdem hat man den Gerichtsvorsitzenden als einen Mann bezeichnet, der nicht lachen kann.

Bezeichnend für die Presse ist folgendes. Ich hatte die Herren der Presse gebeten, bei einem weiteren Punkt der feinerzeitigen Tagesordnung, einem 2-Millionen-Projekt, noch dazubleiben. Daran haben sie aber kein Interesse gehabt; aber sie hatten genug Zeit, zwei Tage in Memmingen zu bleiben.

Präsident Dr. Stang: Das Haus hat von dieser Erklärung des Herrn Abgeordneten Riedmiller, der ja Oberbürgermeister von Memmingen ist, Kenntnis genommen. Die Abgabe dieser Erklärung schien dem Herrn Kollegen Riedmiller im Interesse des Ansehens und der Autorität von Memmingen und seiner Leitung notwendig.

(Präsident Dr. Stang)

Wir treten in die Beratung der Gegenstände der heutigen Tagesordnung ein.

Wir haben den 20. November, den heutigen Tag, als letzten Sitzungstag gewählt, von der Erwägung ausgehend, daß gegen die beschlossenen Gesetzeswürfe noch Einwendungen von Seiten des Senats kommen könnten. Solche Einwendungen sind auch bei zwei Gesetzen erfolgt.

Außerdem stehen wir aber heute vor der Notwendigkeit, uns noch mit einigen weiteren Gesetzesmaterien und sonstigen wichtigen Angelegenheiten zu beschäftigen.

Zunächst haben wir uns dem Punkt 1 unserer Tagesordnung zuzuwenden:

Antrag der Abgeordneten Michel, Dr. Hoegner, Ortloff, Stoc und Dr. Winkler.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Referat 20 im Staatsministerium der Finanzen wird zu einer eigenen Abteilung erhoben.

Ich darf darauf hinweisen, daß gegen diesen Antrag der Artikel 77 der Verfassung spricht, wonach die Einrichtung der Behörden im einzelnen Sache der Staatsregierung ist und insofern nicht vom Landtag beschlossen werden kann.

(Abg. Michel: Es liegt hiezu bereits ein Abänderungsantrag vor.)

— Dieser Abänderungsantrag ist mir schon zugegangen. Er lautet:

Bei Einzelplan VI, Staatsministerium der Finanzen, wird in Anlage A, Ausweis der planmäßigen Beamten, die für den Leiter des Liegenschaftswesens bestimmte Stelle eines Ministerialrats der Besoldungsgruppe A 1 a in eine Stelle eines Ministerialdirigenten der Besoldungsgruppe B 8 umgewandelt und mit dem Vermerk versehen: „Bei Erledigung umzuwandeln in eine Stelle der Besoldungsgruppe A 1 a“.

Damit ist der andere Antrag, der zunächst eingereicht wurde, zurückgezogen.

(Abg. Michel: Jawohl!)

— Wir haben dann nur über diesen Abänderungsantrag abzustimmen.

(Abg. Helmerich: Dem Ausschuß überweisen!)

— Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Es ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß die Hebung einer Beamtenstelle auf dem Wege geradezu eines Überraschungsmanövers durchgeführt werden soll. Ich schlage dem hohen Hause vor, dem Antrag heute nicht zuzustimmen. Der Antrag kann entweder bei den nächsten Statberatungen oder im Zwischenausschuß behandelt werden. Ich glaube übrigens nicht, daß er so dringend ist, daß er in den Zwischenausschuß kommen muß.

(Abg. Kurz: Das ist kein Punkt für die heutige letzte Tagesordnung!)

Präsident Dr. Stang: Der Antrag liegt vor, er muß irgendwie verbeschieden werden.

(Abg. Kurz: Die Herren, die einen solchen Antrag stellen, müßten mehr Fingerspitzengefühl haben!)

— Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Chard.

Dr. Chard, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich würde Sie bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, wie ich Sie auch gebeten hätte, dem Antrag in seiner ursprünglichen Form die Zustimmung nicht zu geben. Man sollte es der Staatsregierung überlassen, zu beurteilen, ob es notwendig ist, ein Referat zu einer Abteilung auszubauen oder die eine oder andere Stelle zu heben. Ich würde Sie insbesondere auch deshalb darum bitten, dem Antrag nicht stattzugeben, weil ich, nachdem die jetzige Regierung kein sehr großes Interesse mehr daran hat, der künftigen Regierung die verfassungsmäßigen Rechte ausdrücklich vorbehalten möchte.

(Sehr richtig!)

Präsident Dr. Stang: Der Herr Abgeordnete Michel hat erklärt, daß der ursprüngliche Antrag, der von ihm und einigen seiner Freunde eingebracht wurde, zurückgezogen ist. Darum haben wir uns mit diesem Antrag nicht mehr zu beschäftigen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich bin auch gegen den zweiten Antrag.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stoc.

Stoc (SPD): Meine Damen und Herren! Auch meine Fraktion ist der Auffassung, daß ein so weitgehender Antrag zuerst im Ausschuß vorbehandelt werden muß. Nachdem wir im Haushaltsausschuß auch prinzipiell zur Hebung und Vermehrung von Stellen Stellung genommen haben, können wir diesem Antrag nicht so im Galopp zustimmen.

(Zuruf: Weder dem einen noch dem anderen!)

Präsident Dr. Stang: — Es liegt nur noch der eine Antrag vor. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren! Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

Der erste Antrag ist zurückgenommen; über ihn ist also nicht abzustimmen. Der zweite Antrag ist noch nicht durch den Ausschuß gelaufen. Es besteht nicht die geringste Notwendigkeit, heute unmittelbar im Plenum über ihn abzustimmen, bevor sich der zuständige Ausschuß ordnungsgemäß mit ihm befaßt hat.

Präsident Dr. Stang: Ich schlage dem Hause vor, diesen Antrag dem Zwischenausschuß zu überweisen

(Widerspruch. — Abg. Dr. Hundhammer: Nein, dem zuständigen Ausschuß!)

beziehungsweise ihn liegen zu lassen, und wenn der neu gewählte Landtag Veranlassung hat, ihn wieder aufzugreifen, so möge er es tun.

(Abg. Dr. Korff: So ist's richtig!)

Der Gegenstand ist damit erledigt; es ist so beschloffen.

(Präsident Dr. Stang)

Ich rufe auf:

Antrag des Abgeordneten Dr. Hoegner betreffend Vermeidung von Härten beim Abbau von Bahnpolizisten.

Der Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund dahin zu wirken, daß bei dem Abbau von Bahnpolizisten ohne unnötige Härte und unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse des einzelnen vorgegangen wird. Dabei sollen die bei der Einstellung gemachten Versprechungen unbedingt gehalten und die abgebauten Bahnpolizisten möglichst bei anderen Behörden verwendet werden.

Das ist ein Antrag, der sich an die Staatsregierung richtet, damit sie entsprechende Schritte beim Bund unternimmt. Es ist also nicht notwendig, eigens in einem Ausschuß über diesen Antrag noch lange Beratungen zu pflegen. Ich schlage deshalb vor, daß wir über diesen Antrag jetzt abstimmen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Präsident!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer (CSU): Meine Fraktion erhebt keinen Einwand dagegen, daß über diesen Antrag gleich abgestimmt wird; sie wird ihm auch zustimmen. Ich bitte nur, in der letzten Zeile vor „Behörden“ das Wort „Bundes-“ einzufügen.

(Abg. Dr. Hoegner: Einverstanden!)

Präsident Dr. Stang: Der Antragsteller ist damit einverstanden. In der letzten Zeile muß es also heißen: „bei anderen Bundesbehörden“. — In dieser Form begegnet der Antrag keinem Widerspruch; ich erkläre ihn also für angenommen.

Ich rufe auf den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Allenfallsige Einwendungen des Senats gegen vom Landtag beschlossene Gesetze.

Der Präsident des Bayerischen Senats teilt mit, daß der Senat gegen folgende Gesetze keine Einwendungen erhebt:

1. Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz;
2. Gesetz über die Verwendung der Polizei im Falle eines öffentlichen Notstandes;
3. Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch die Polizei;
4. Gesetz zur Freimachung und Vergütung zweckentfremdeten Wohnraums;
5. Gesetz über die Gewährung einer Sonderzulage an die Beamten des bayerischen Staates;
6. Zweites Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes;
7. Sechstes Gesetz über Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates;
8. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Schulgeldfreiheit und des Gesetzes über die Vermittlungsfreiheit.

Gegen all diese Gesetze erhebt der Senat keine Einwendungen. Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Bezüglich des Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, des sogenannten Entschädigungsgesetzes, das in Beilage 4585 enthalten ist, schlägt der Senat vor, in Artikel 1 Zeile 2 vor den Worten „inländischen Wohnsitz“ das Wort „letzten“ einzufügen. Es handelt sich dabei lediglich um eine Angleichung an den § 6 Absatz 1 Ziffer 2 des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts vom 12. August 1949, worin ja auch vom „letzten inländischen Wohnsitz“ die Rede ist.

Ich darf wohl die Zustimmung des Hauses zu dieser Änderung, die an sich selbstverständlich ist, annehmen.

(Abg. Dr. Hoegner: Herr Präsident!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hoegner!

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat sich heute morgen mit dieser Angelegenheit beschäftigt und schlägt dem hohen Hause vor, in diesem Fall der Einwendung des Senats Rechnung zu tragen.

Präsident Dr. Stang: Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dieser Einwendung des Senats Rechnung tragen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das Haus hat so beschlossen.

Außerdem bitte ich diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz mit dieser eben beschlossenen Änderung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Das Haus hat dem Gesetz mit dieser Änderung zugestimmt.

Eine weitere Einwendung hat der Senat gegen das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1950 — Haushaltsgesetz — (Beilagen 4546, 4547 und 4591) erhoben, und zwar auf Grund eines Vorschlags des Finanz- und Haushaltsausschusses des Bayerischen Senats. Darüber berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner. Ich darf ihn bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß hat sich heute morgen auch mit diesen Einwendungen des Senats auf Anlage 224 befaßt. Er ist der Meinung, daß — zum Teil aus den Gründen, die schon früher im Haushaltsausschuß dargelegt wurden — den beiden ersten Einwendungen des Senats nicht Rechnung getragen werden soll.

Was die dritte Einwendung auf Anlage 224 anlangt, so war der Haushaltsausschuß der Meinung, daß eine Begrenzung auf 100 Millionen D-Mark, wie sie der Senat vorschlägt, nicht notwendig ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß aus dem ordentlichen Haushalt nur so weit Mittel für den außerordentlichen Haushalt entnommen werden können, als solche vorhanden sind. Infolgedessen ist nach Auffassung des Haushaltsausschusses die Einwendung des Senats auch in diesem Punkt nicht angebracht.

Ich schlage dem hohen Hause vor, in allen drei auf Anlage 224 aufgeführten Fällen den Einwendungen des Senats nicht beizutreten. Das ist der einstimmige Beschluß des Haushaltsausschusses.

Präsident Dr. Stang: Ich danke. Der Haushaltsausschuß schlägt vor, den Einwendungen des Senats, die auf Anlage 224 in drei Punkten vorgetragen sind, nicht Rechnung zu tragen. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das Haus trägt diesen Einwendungen des Senats nicht Rechnung.

Ich rufe nun einen Punkt auf, der auf Grund der Beschlüsse des Rechts- und Verfassungsausschusses von heute morgen noch auf die Tagesordnung gesetzt werden mußte. Diese Beratungen des Rechts- und Verfassungsausschusses beziehen sich auf den

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes und über Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst.

Hierfür kommen in Betracht die Beilagen 4450 und 4425.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung zu diesem Gesetz miteinander zu verbinden und die zweite Lesung unmittelbar an die erste Lesung anzuschließen. Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch. Über die Ausschußverhandlungen berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat die Beilagen 4450 und 4425 in einem Unterausschuß behandeln lassen, der in zahlreichen Sitzungen zu diesem Gesetzentwurf Stellung genommen hat. Es handelte sich insbesondere um folgende Gegenstände: Regelung des Beamtenanwärter-Verhältnisses; Umwandlung der Beamten auf Probe in Beamte auf Widerruf; Voraussetzungen für die Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit; Neufassung des Dienstalters insofern, als auch der Verfassungseid mit aufgenommen wurde; Neuregelung des Beschwerderechts der Beamten, weil die in Artikel 24 des Beamtengesetzes vorgesehenen Ausschüsse niemals Wirklichkeit geworden sind.

Weiter wurde eine teilweise Neufassung der Bestimmungen über das Landespersonalamt behandelt. Die Anrufung des Verfassungsgerichtshofs durch das Landespersonalamt wurde ausgeschaltet, weil es sich um Gestaltungsaufgaben und nicht um die Auslegung der Verfassung handelt.

Neu geregelt wurde die Anfechtung der Ernennung von Beamten, ebenso die Entlassung von Beamten auf Widerruf und die Festsetzung ruhegehaltsfähiger Dienstbezüge.

In dem Entwurf war weiter die Herabsetzung des Ruhegehalts von 80 auf 75 Prozent vorgesehen. Um nicht allzu sehr ins einzelne gehen zu müssen, darf ich einschalten, daß es sich im zweiten Teil der Regierungsvorlage in der Hauptsache um Sparmaßnahmen des bayerischen Staates handelt, die bereits in der Sparverordnung vom 17. August 1948 vorgesehen waren. Ebenso handelt es sich in Beilage 4425 um Sparmaßnahmen.

Ich kann kurz dahin zusammenfassen: Der Unterausschuß hat die Entwürfe der Staatsregierung eingehend behandelt und in zahlreichen Fällen neue Vorschläge gemacht, die eben erst unter den Mitgliedern des hohen Hauses verteilt worden sind. Der Unterausschuß war dabei bestrebt, wesentliche Verbesserungen zugun-

sten der betroffenen Beamtentypologien einzufügen. Infolgedessen hat der Rechts- und Verfassungsausschuß in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Gesetz in der Fassung zuzustimmen, die der Entwurf in den Beratungen des Unterausschusses des Rechts- und Verfassungsausschusses erhalten hat. Ich bitte das hohe Haus, dem Antrag zuzustimmen.

Ganz kurz darf ich noch bemerken, daß es sich um Einsparungen für den bayerischen Staat in Höhe von 25 bis 27 Millionen D-Mark und um Einsparungen in der gleichen Höhe für die bayerischen Gemeinden handelt. Allein dieser Umstand spricht schon dafür, daß der jetzige Landtag dieses Gesetz noch verabschieden sollte. Ich würde das dem hohen Hause empfehlen.

Präsident Dr. Stang: Wir treten in die erste Lesung ein. — Ich eröffne die Aussprache. — Zum Wort ist niemand gemeldet. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt zugrunde die Beilage 4450 und im dritten Teil die Beilage 4425, die in die Beilage 4450 hineingearbeitet worden ist. Dementsprechend läuft die Nummerierung der Beilage 4450 mit § 36 weiter.

Ich rufe auf den Ersten Teil, Änderung des Bayer. Beamtengesetzes, § 1. Der Ausschuß schlägt hier folgende neue Ziffer 1 vor:

Art. 5 erhält folgenden Abs. 2:

(2) Von dem Erfordernis der deutschen Staatsangehörigkeit kann das zuständige Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Ausnahmen zulassen.

Gegen diese Einfügung, welche den Artikel 5 durch diesen Absatz 2 ergänzt, erhebt sich aus dem Hause kein Widerspruch. Eine Abstimmung ist deshalb nicht notwendig. Ich erkläre diese Ergänzung für angenommen.

Die bisherige Ziffer 1 des § 1 (Beilage 4450) wird nun Ziffer 2. Entsprechend ändert sich auch jeweils die Nummerierung der folgenden Ziffern des § 1. Ich rufe auf Ziffer 2 (bisher Ziffer 1).

Zu Artikel 7 a schlägt der Ausschuß keine Änderung vor.

— Ein Widerspruch gegen die Fassung des Artikels 7 a erhebt sich aus dem Hause nicht. Artikel 7 a ist angenommen.

In Artikel 7 b soll eine Änderung Platz greifen. Es soll in Absatz 3 das Wort „Beamtenverhältnis“ durch das Wort „Anwärterverhältnis“ ersetzt werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ich im folgenden mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht mehr jede Ziffer beziehungsweise jeden Paragraphen der Gesetzesvorlagen einzeln aufrufe und darüber abstimmen lasse, sondern mich auf die vom Ausschuß beantragten Änderungen beschränke. — Das Haus ist mit diesem Verfahren einverstanden.

In Artikel 7 d soll im dritten Satz das Wort „außerplanmäßige“ gestrichen werden. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß Artikel 7 d mit dieser Änderung angenommen ist.

(Abg. Dr. Hoegner: Herr Präsident, ich darf auf die Änderungen zu Artikel 7 b Absatz 4 aufmerksam machen.)

(Präsident Dr. Stang)

In Artikel 7 b Absatz 4 sind folgende Berichtigungen vorzunehmen: In der zweiten Zeile wird nach „Art. 4 und 5“ das Komma gestrichen und in der dritten Zeile werden nach „4,“ die Worte „ferner Artikel“ und in der vierten Zeile nach „3,“ das Wort „Artikel“ eingefügt. Es sind dies rein redaktionelle Änderungen, die durch das Haus genehmigt werden. Ich muß wegen des Versehens um Entschuldigung bitten; die Vorschläge sind mir eben „frisch aus dem Ofen heraus“ in die Hand gedrückt worden.

Artikel 7 d ist, wie ich schon feststellte, insofern geändert worden, als im dritten Satz das Wort „außerplanmäßige“ gestrichen wurde.

Zu Ziffer 4 (künftig 5) des § 1 des Abänderungsgesetzes schlägt der Ausschuß folgende Änderung vor:

In Art. 10 Abs. 1 wird das Wort „hinreichendem“ durch das Wort „ausreichendem“ ersetzt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung fest. —

Zu Ziffer 4 (künftig 5) schlägt der Ausschuß weiter folgende Änderung vor:

In Art. 10 Abs. 2, erster Abschnitt, werden nach den Worten „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ die Worte „auf Widerruf“ hinzugefügt.

Auch damit ist das Haus einverstanden. — Im übrigen ist Artikel 10 angenommen.

Zu Ziffer 5 (künftig 6) schlägt der Ausschuß folgende Änderung vor:

In Art. 11 Abs. 2 Ziff. 1 ist das Wort „Das“ durch „das“ zu ersetzen.

(Abg. Dr. Hoegner: Das heißt: Das große „D“ ist durch ein kleines „d“ zu ersetzen.)

Man sieht die Genauigkeit der Arbeit des Ausschusses trotz der vorgerückten Zeit!

Weiter wird vom Ausschuß folgende Änderung vorgeschlagen:

In Art. 11 Abs. 2 Ziff. 2 werden die Worte „einschließlich des Vorbereitungsdienstes“ gestrichen.

Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle die Annahme fest.

Nach Ziffer 9 (bisher 8) schlägt der Ausschuß die Einfügung folgender Ziffern 8 a und 8 b vor, die bei fortlaufender Numerierung die Ziffern 10 und 11 erhalten:

10. Art. 39 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Das Landespersonalamt besteht aus 9 Mitgliedern.

11. Art. 40 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Unter den Mitgliedern des Landespersonalamts sollen sich in der Regel befinden zwei Richter, je ein Beamter der inneren und Finanzverwaltung sowie Gemeindeverwaltung, ein Hochschullehrer, ein Vertreter der Beamtenvereinigungen, der von diesen vorgeschlagen wird, und zwei unabhängige Persönlichkeiten, die nicht Beamte sind.

Das Haus ist mit dieser Abänderung und Ergänzung einverstanden.

(Abg. Brunner: Ziffer 6 der Vorschläge, Herr Präsident! — Abg. Dr. Hoegner: Herr Präsident!)

Herr Dr. Hoegner, bitte!

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Diese Ziffer 6 der Ausschußvorschläge war nur ein Wunsch des Unterausschusses. Dieser Wunsch kann im Augenblick nicht erfüllt werden. Meines Wissens müssen die Richter heute noch den amerikanischen Richtereid leisten. Es wird dem neuen Landtag vorbehalten sein, dem Wunsche Rechnung zu tragen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Die Staatsregierung soll also baldmöglichst eine Vorlage ausarbeiten!)

Präsident Dr. Stang: Diese Bestimmung ist auch auf meinem Blatt für die Vorbereitung der Abstimmung gestrichen.

Nun zu Ziffer 9 (künftig 12): Der Vorschlag des Ausschusses lautet:

In Art. 47 Ziff. 1 wird der Satz „Wenn Mißstände nicht abgestellt werden, kann der Verfassungsgerichtshof angerufen werden“ gestrichen.

Ferner muß es in Art. 47 Ziff. 1 statt „zu Abstellung“ heißen „zur Abstellung“.

Widerspruch aus dem Hause erhebt sich nicht; somit ist die Fassung entsprechend diesem Vorschlag beschlossen.

Zu Ziffer 12 (künftig 15) beantragt der Ausschuß: Dem Art. 53 Abs. 2 ist folgende Fassung zu geben:

(2) In den Fällen des Art. 52 Abs. 1 und 2 muß die Anfechtung innerhalb von 6 Monaten erfolgen, nachdem die zuständige Behörde (Abs. 3) von der Ernennung und dem Anfechtungsgrund Kenntnis erhalten hat. Vor der Anfechtungserklärung ist der Beamte zu hören. In den Fällen des Art. 52 Abs. 2 Ziff. 3 und 4 ist die Anfechtung nach Umlauf von 3 Jahren seit der Ernennung ausgeschlossen.

Gegen diese Fassung, die dem Artikel im Ausschuß gegeben wurde, erhebt sich keine Erinnerung. Das Haus ist also damit einverstanden.

Zu Ziffer 18 (künftig 22): schlägt der Ausschuß vor: Dem Art. 86 a wird folgender Satz 2 angefügt:

Für Wahlbeamte gilt diese Bestimmung erst mit dem Inkrafttreten eines Gesetzes über die Versorgung der Wahlbeamten.

Auch diesem Vorschlag erteilt das Haus seine Zustimmung. Im übrigen findet der Artikel 86 a Billigung.

(Abg. Dr. Hoegner: Zu Ziffer 18 a bitte ich ums Wort!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hoegner!

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Ziffer 18 a ist etwas anders zu fassen, sie muß folgendermaßen lauten:

In Art. 83 Abs. 2, Art. 88 Abs. 2 und Art. 151 Abs. 2 ist der Satz 2 jeweils zu streichen.

Präsident Dr. Stang: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. — Das Haus ist mit dem Antrag, den der Herr Berichterstatter im Namen des

(Präsident Dr. Stang)

Ausschusses soeben vorgetragen hat, in dieser Fassung einverstanden. Die Streichung von Satz 2 in Artikel 83 Absatz 2 ist dann als eigene Ziffer (21) einzufügen, ebenso die Streichung von Satz 2 in Art. 88 Absatz 2 als eigene Ziffer (23).

Zu der ursprünglichen Ziffer 19, jetzt Ziffer 24, beantragt der Ausschuß:

Der Artikel 89 a Absatz 1 erhält folgende Fassung:

(1) Der Beamte auf Widerruf kann jederzeit, nach zweijähriger Dienstzeit nur noch aus einem wichtigen, von ihm zu vertretenden Grunde entlassen werden; nach Erreichung der Altersgrenze (Art. 92) ist er zu entlassen. Dies gilt nicht, wenn er gemäß Art. 93 Absf. 2 des B.B.G. in den Ruhestand versetzt wird.

Ferner beantragt der Ausschuß zu Artikel 89 a:

In Absf. 3 wird das Wort „Einfache“ durch das Wort „Doppelte“ ersetzt.

Diese Änderung ist neu. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dagegen keinen Widerspruch erheben wollen, sitzen zu bleiben. — Es ist so beschloffen.

Zu Ziffer 21 (künftig 26) lautet der Ausschußantrag:

In Art. 93 Absf. 2 Satz 3 ist das Wort „Unterhaltsbetrag“ durch das Wort „Unterhaltsbeitrag“ zu ersetzen.

— Das Haus ist damit einverstanden; somit ist die Zustimmung zu diesem Artikel erteilt, wie ich ja vorhin schon allgemein hervorgehoben habe.

Zu Ziffer 22 (künftig 27) schlägt der Ausschuß vor:

In Art. 99 Absf. 4 werden die Worte „in der Fassung des § 2 des Zweiten Teils dieses Gesetzes“ ersetzt durch die Worte „in der Fassung des § 6 dieses Gesetzes“.

Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschloffen.

Zu Ziffer 23 (künftig 28) beantragt der Ausschuß:

Art. 100 Absf. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Der Dienstzeit als Beamter steht die Zeit gleich, während der der Beamte als Beamtenanwärter den für seine Laufbahn vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst abgeleistet oder die er vor seiner Ernennung im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat oder während der er

— „während deren er“ muß es natürlich zweimal heißen —

unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945) wegen seiner politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden war, ohne während dieser Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet zu haben.

Gegen diese Fassung des Artikels 100 Absatz 1 Satz 2 wird vom Hause keine Einwendung erhoben; sie ist damit angenommen.

Ziffer 32 des Entwurfs soll nach dem Beschluß des Ausschusses gestrichen werden. Infolgedessen sind die

nachfolgenden Ziffern 33 bis 42 des § 1 in die Ziffern 32 bis 41 beziehungsweise unter Berücksichtigung der Verschiebungen in die Ziffern 37 bis 45 und 47 umzumerieren. — Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Ziffer 33, künftig Ziffer 37, schlägt der Ausschuß vor:

Art. 116 a Absf. 1 Satz 1 erhält folgenden Wortlaut:

(1) War die Witwe über 15 Jahre jünger als der verstorbene Beamte und hatte dieser die Ehe erst nach Vollendung des 50. Lebensjahres geschlossen, so wird das nach Maßgabe des Art. 114 und des Art. 116 Absf. 1 berechnete Witwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschieds über 15 Jahre um ein Zwanzigstel, jedoch höchstens um zehn Zwanzigstel gekürzt.

Der Ausschuß beantragt ferner:

In Art. 116 b wird das Wort „demnächst“ in der fünften Zeile durch das Wort „sodann“ ersetzt.

Auch diese Fassungen werden durch das Haus gebilligt.

(Abg. Donsberger: Ich stimme dagegen!)

— Es macht sich also Widerspruch geltend. Ich lasse abstimmen. Ich bitte diejenigen, welche der verlesenen Fassung die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Der Artikel 116 a Absatz 1 Satz 1 ist in der eben bekanntgegebenen Fassung angenommen.

Zu Ziffer 34, künftig Ziffer 38, beantragt der Ausschuß:

In Artikel 118 Absatz 1 werden die Worte „aus Billigkeitsgründen“ (in der vierten Zeile von oben) nach den Worten „im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen“ eingefügt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die vorhin beschlossene Streichung des Satzes 2 in Artikel 151 Absatz 2 ist als eigene Ziffer (46) einzufügen.

An Ziffer 42, künftig 47, schließt sich noch folgende Ziffer 48 an:

Nach Art. 172 a wird Art. 172 b eingefügt:

Art. 172 b

Ist ein Beamter im Einverständnis mit seinem Dienstherrn in den Dienst eines anderen Dienstherrn übernommen worden, so tragen die beteiligten Dienstherrn bei Eintritt des Versorgungsfalles durch Erreichung der Altersgrenze, Dienstunfähigkeit oder Tod die Versorgungslast nach dem Verhältnis der vollen, nach der Ernennung zum planmäßigen Beamten bei ihnen zurückgelegten Dienstjahre. Ist der Beamte nach seiner Übernahme befördert worden, so bemißt sich der Anteil des früheren Dienstherrn so, als wenn der Beamte

— so muß es statt „er“ heißen, damit die Beziehung klar wird —

in der Dienststelle verblieben wäre, in der er sich bei der Übernahme befand.

Das Haus erhebt gegen diese Fassung keinen Widerspruch.

(Präsident Dr. Stang)

Ich rufe auf § 2.

In Abs. 3 hat der Ausschuß die Worte am Eingang des Unterabsatzes „Beamte auf Widerruf“ geändert in „Beamte auf Probe (Widerruf)“. — Das Haus ist mit dieser Fassung einverstanden.

Ich rufe auf § 3.

Hier kommt neu hinzu, daß in Absatz 1 statt „31. März 1947“ zu setzen ist „1. Januar 1947“.

§ 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(2) Sind in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 1. Januar 1947 Beamtenernennungen vorgenommen worden, ohne daß in der Ernennungsurkunde die Worte „auf Lebenszeit“ enthalten waren, so gilt der Beamte als auf Lebenszeit ernannt, wenn sich aus dem Inhalt der Urkunde z. B. durch Verwendung der Worte „unwiderruflich“ oder „ständig“ oder aus der Berufung in ein Amt, das regelmäßig nur von Beamten auf Lebenszeit wahrgenommen wird, unzweideutig ergibt, daß der Beamte in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen werden sollte.

Das Haus erhebt dagegen keine Erinnerung; es ist so beschloffen.

Ich rufe auf § 4.

In § 4 Absatz 1 Buchstabe b treten an die Stelle der Ziffern „22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 32, 33, 34, 36, 37, 39 und 40“ die Ziffern „27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 37, 38, 40, 41, 43, 44“. In Buchstabe c ändern sich die Ziffern 28 und 31 entsprechend der Ummumerierung.

Weiter wird in Absatz 1 unter Buchstabe d als Termin eingefügt: „1. November 1950“.

In § 4 Absatz 2 wird an Stelle des Wortes „Rechts“ das Wort „Recht“ gesetzt.

Der Landtag erhebt keine Erinnerung; es ist so beschloffen.

Ich gehe dann über zum Zweiten Teil dieses Gesetzes, Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst, I. Abschnitt, Besoldungsrecht.

§ 5.

In § 5 sind die Worte „und Angestellte“ zu streichen. — Das Haus ist damit einverstanden.

§ 6.

§ 6 Absatz 2 wird gestrichen, infolgedessen entfällt die Bezeichnung „(1)“.

§ 6 erhält folgenden Wortlaut:

§ 9 des Besoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349) ist mit folgendem Absatz 4 anzuwenden:

„(4) Verheiratete weibliche Beamte erhalten keinen Wohnungsgeldzuschuß, wenn der Ehemann Beamter oder Angestellter des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts ist. Verheirateten weiblichen Beamten, die zur ehelichen Gemeinschaft nicht verpflichtet sind oder die genötigt sind, für den

Unterhalt der Familie ganz oder überwiegend zu sorgen, kann der Wohnungsgeldzuschuß ganz oder teilweise bewilligt werden.“

Das Haus billigt diese Fassung.

Aus dem III. Abschnitt, Beamtenrecht, rufe ich auf § 12.

In § 12 Absatz 1 werden nach dem Antrag des Ausschusses die Worte „Art. 114 Abs. 1 Satz 2,“ gestrichen. § 18.

In § 18 Abs. 1 werden die Worte „in sonstigen Fällen die ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge eines Generalmajors“ gestrichen und folgender Satz 2 angefügt:

Höhere ruhegehaltstfähige Dienstbezüge als die eines Generalmajors dürfen der Berechnung nicht zugrundegelegt werden.

Absatz 2 wird gestrichen; infolgedessen fällt die Bezeichnung „(1)“ weg.

§ 19.

In § 19 werden die Worte „mit Rücksicht auf eine politische Belastung“ gestrichen.

Mit der von mir bekanntgegebenen Fassung der §§ 12, 18 und 19 ist das Haus einverstanden, wie ich feststelle.

§ 30.

In § 30 werden die Worte „auf Zeit oder dauernd“ gestrichen. — Auch hier erteilt das Haus seine Zustimmung.

Es folgt IV. Abschnitt, Schlußbestimmungen.

§ 32.

§ 32 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auf die öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften keine Anwendung.

Widerspruch erhebt sich nicht; es ist so beschloffen.

Nach § 32 wird folgender § 33 eingefügt:

§ 33

Die Staatsregierung kann früheren Ministern und Staatssekretären, die keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben, sowie ihren Hinterbliebenen einen Unterhaltsbeitrag im Höchstbetrag der Versorgungsbezüge aus der Besoldungsgruppe eines Regierungsrats (A 2 c 2) gewähren.

Die bisherigen §§ 33 und 34 werden in §§ 34 und 35 umnummeriert. — Das Haus ist mit dieser Fassung des § 33 sowie der Ummumerierung einverstanden.

Nach dem Zweiten Teil wird folgender Dritter Teil eingefügt; dabei mache ich darauf aufmerksam, daß von hier ab die Beilage 4425 zugrundegelegt ist. Es ist also einzufügen:

Dritter Teil

Beamtenrechtliche Maßnahmen aus Anlaß von Begünstigungen wegen der Verbindung mit dem Nationalsozialismus und aus Anlaß eines Übermaßes von Beförderungen.

— Die Durchnummerierung erfolgt beginnend mit § 36, da der Zweite Teil infolge Neueinfügung des § 33 und der dadurch bedingten Ummumerierung mit § 35 endet.

(Präsident Dr. Stang)

Ich rufe zunächst den I. Abschnitt auf.

§ 36 hat den Wortlaut von § 1 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

Bei Abs. 1 Satz 2 muß es statt „§ 4 Abs. 2“ heißen „§ 39 Abs. 2“. Abs. 3 fällt weg; infolgedessen entfällt die Bezeichnung „(1)“.

§ 37 hat den Wortlaut von § 2 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

An Stelle der §§ 3 bis 6 treten die §§ 38 bis 41.

§ 38 hat den Wortlaut von § 3 der Beilage 4425.

§ 39 hat den Wortlaut von § 4 der Beilage 4425.

§ 40 hat den Wortlaut von § 5 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

In Abs. 1 tritt an Stelle von § 4 der § 39.

In Abs. 2 tritt an Stelle von § 3 § 38.

§ 41 hat den Wortlaut von § 6 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

An Stelle von § 4 tritt § 39.

§ 42 hat den Wortlaut von § 7 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

In Abs. 1 sind an Stelle der §§ 1 bis 6 die §§ 36 bis 41 zu setzen.

Gegen diese Änderungen wird vom Haus kein Widerspruch erhoben; es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Vorschlägen des Ausschusses zum II. Abschnitt.

§ 43 hat den Wortlaut von § 8 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

In den Absätzen 1 und 2 sind die §§ 1 bis 6 durch die §§ 36 bis 41 zu ersetzen.

§ 44 hat den Wortlaut von § 9 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

In Abs. 1 Ziff. 3 sind die §§ 2 bis 6 zweimal in §§ 37 bis 41 umzuändern.

§ 45 hat den Wortlaut von § 10 der Beilage 4425.

Nachdem das Haus mangels Widerspruchs den vorausgehenden Paragraphen zugestimmt hat, rufe ich nunmehr den III. Abschnitt auf.

§ 46 hat den Wortlaut von § 11 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

In Abs. 1 sind zweimal die §§ 1 bis 6 durch die §§ 36 bis 41 und § 9 Abs. 1 Ziff. 4 durch § 44 Abs. 1 Ziff. 4 zu ersetzen.

Es wird kein Einwand erhoben. Es ist so beschlossen.

Es folgt der IV. Abschnitt.

§ 47 hat den Wortlaut von § 12 der Beilage 4425. In Zeile 1 muß es hier heißen: „Die Entscheidungen nach diesem Teil trifft“ statt „nach diesem Gesetz“.

§ 48 hat den Wortlaut von § 13 der Beilage 4425 mit folgenden Änderungen:

Abs. 1 Satz 1 und 2 lauten:

(1) Die Vorschriften der §§ 36 bis 42 gelten für die Versorgungsbezüge, die auf Rechnung des

bayer. Staates, einer bayer. Gemeinde, eines bayer. Gemeindeverbandes oder einer sonstigen der Aufsicht des bayer. Staates unterliegenden Körperschaft gezahlt werden. Die Vorschriften der §§ 43 bis 45 gelten für die Beamten, die am 8. Mai 1945 planmäßig einer Behörde oder Dienststelle der in Art. 1 des Bayer. Beamtengesetzes vom 28. Oktober 1946 bezeichneten Dienstherren im jetzigen bayerischen Staatsgebiet angehört haben oder angehört hätten, wenn sie nicht entfernt worden wären.

In Abs. 1 Satz 3 sind nach den Worten „Den in Satz 1“ die Worte „und 2“ einzufügen.

In Abs. 2 treten an die Stelle der §§ 2 bis 6 die §§ 37 bis 41.

Dagegen wird vom Haus kein Widerspruch geltend gemacht. Es ist so beschlossen, wie ich es vorgetragen habe.

Neu ist:

Vierter Teil, Schlußbestimmungen.

§ 49:

Die Ausführungsbestimmungen erläßt das Staatsministerium der Finanzen.

§ 50:

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt unbeschadet der besonderen Vorschriften über das Inkrafttreten einzelner Bestimmungen am 1. November 1950 in Kraft.

Hierzu erbittet sich das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Ich bitte noch, in den Vorschlägen des Unterausschusses, die dem hohen Hause vorliegen, auf Seite 6 oben folgende Berichtigung anzubringen:

Es heißt dort im I. Abschnitt:

§ 36 hat den Wortlaut von § 1 der Beilage 4425 mit folgender Änderung:

Bei Abs. 1 Satz 2 muß es statt „§ 4 Abs. 2“ heißen „§ 39 Abs. 2“.

Nun kommt die Berichtigung, Herr Präsident, die Fortsetzung muß lauten:

Die Absätze 2 und 3 fallen weg; infolgedessen entfällt die Bezeichnung „(1)“.

Präsident Dr. Stang: Gegen diese berichtigende Fassung wird vom Hause nichts eingewendet.

Ich stelle fest, daß das Gesetz mit den durch den Ausschuß beschlossenen Abänderungen in der ersten Lesung angenommen ist.

Wir treten in die z w e i t e L e s u n g ein.

Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir können jetzt rascher vorwärtsgehen. Es ist nicht gerade ein erfreuliches Spiel, das wir bisher mit den vielen Paragraphen getrieben haben, aber es mußte so sein, weil ja der Wortlaut genau festgelegt sein soll.

(Präsident Dr. Stang)

Ich rufe auf § 1.

(Abg. Dr. Hoegner: Gleich den ganzen § 1 nehmen!)

— Es erhebt sich kein Widerspruch. — § 1 ist in der Fassung der ersten Lesung angenommen.

Ich rufe auf § 2 —, § 3 —, § 4 —, § 5 —, § 6 —, § 7 —, § 8 —, § 9 —, § 10 —, § 11 —, § 12 —, § 13 —, § 14 —, § 15 —, § 16 —, § 17 —, § 18 —, § 19 —, § 20 —, § 21 —, § 22 —, § 23 —, § 24 —, § 25 —, § 26 —, § 27 —, § 28 —, § 29 —, § 30 —, § 31 —, § 32 —, § 33 —, § 34 —, § 35 —.

Nun geht es weiter mit der Beilage 4425, deren § 1 der § 36 wird, da beide Gesekentwürfe zusammengearbeitet worden sind.

Ich rufe demgemäß auf die §§ 36 —, 37 —, 38 —, 39 —, 40 —, 41 —, 42 —, 43 —, 44 —, 45 —, 46 —, 47 —, 48 —.

Herr Dr. Hoegner bittet ums Wort.

Dr. Hoegner (SPD), Berichterstatter: Bei § 48 ist eine Ergänzung der Vorschläge vorzunehmen. Es muß heißen:

In § 48 Absatz 2 ist § 1 durch § 36 zu ersetzen.

Das ist nur eine redaktionelle Änderung.

Präsident Dr. Stang: Infolge der Ummumerierung ist § 1 durch § 36 zu ersetzen. Demgemäß wird in § 48 Absatz 2 gleich zu Beginn § 1 ersetzt durch § 36.

Ich rufe noch auf § 49 —, § 50 —.

Ich stelle fest, daß auch in der zweiten Lesung die sämtlichen Paragraphen dieses Gesetzes die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

(Abg. Weidner: Bei einigen Stimmenthaltungen!)

— Die „Zustimmung des Hauses“ bedeutet, daß die Mehrheit des Hauses zugestimmt hat.

(Abg. Donsberger: Zur Abstimmung!)

— Herr Abgeordneter Donsberger zur Abstimmung!

Donsberger (CSU): Ich habe mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil ich gegen einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes grundsätzliche Bedenken verfassungsrechtlicher Art habe. Der neue Landtag wird zu prüfen haben, ob wir bei den umstrittenen Punkten Änderungen vorzunehmen haben.

(Abg. Wimmer: Der wird etwas anderes zu tun haben, mein lieber Mann!)

Präsident Dr. Stang: Wir wollen uns über die Sorgen des kommenden Landtags nicht den Kopf zerbrechen.

Ich habe jetzt noch über das Gesetz im ganzen abstimmen zu lassen. Ich schlage dem Hause vor, diese Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Es ist so beschlossen. Ich werde so verfahren.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche dem Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung zustimmen

wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist zwar eine Reihe von Stimmenthaltungen festzustellen;

(Abg. Bezold Otto: Stimmenthaltung der FDP.)

das Gesetz ist aber mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Der Titel lautet:

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes und über Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben für den öffentlichen Dienst.

Auch die Überschrift ist ohne Erinnerung geblieben. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Entwurf eines Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Beilage 4629).

Hierüber berichtet der Herr Abgeordnete Ortloff. Ich erteile ihm das Wort.

Ortloff (CSU), Berichterstatter: Mitglieder des Bayerischen Landtags! Das Gesetz, das soeben aufgerufen wurde, hat der Haushaltsausschuß in seiner heutigen Sitzung beraten. Es lautet: „Gesetz über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung.“ Referent war meine Wenigkeit, Korreferent Kollege Dr. Hoegner.

Das Gesetz enthält 27 Paragraphen. Dem Entwurf liegt eine 16 Seiten umfassende Begründung bei. Es ist bedauerlich, daß dieser Entwurf nur den Mitgliedern des Haushaltsausschusses zur Verfügung gestellt werden konnte, er wird aber mit Begründung den einzelnen Mitglieder dieses hohen Hauses noch zugehen.

(Abg. Brunner: Wenn es zu spät ist!)

Es ist notwendig, dieses Gesetz heute noch zu behandeln.

Ich kann Ihnen den Bericht nur nach den kurzen Notizen erstatten, die ich mir gemacht habe, weil der stenographische Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses begreiflicherweise noch nicht vorliegen kann.

Der Hauptgrund, warum das Gesetz noch heute behandelt werden muß, liegt wohl darin, daß im außerordentlichen Haushalt bereits 37 Millionen D-Mark für diese Zwecke zur Verfügung gestellt worden sind. Ein weiterer Grund ist der, daß die in § 2 des Gesetzes vorgesehenen Aufgaben der Landesanstalt von den Ministerien infolge der Überbelastung des Ministerialbetriebes nicht mehr erfüllt werden können. Ein dritter Grund ist wohl darin zu erblicken, daß auch die Abgeltung von Bereicherungsansprüchen nunmehr dieser Landesanstalt überbürdet werden soll.

Im § 23 wurde ein Betriebsmittelkredit von 500 000 DM eingesetzt und im § 27 wurde festgelegt, daß das Gesetz mit dem heutigen Tag, also am 20. November 1950, in Kraft tritt.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben dem Gesekentwurf einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Ich bitte Sie, dem Beschluß des Haushaltsausschusses beizutreten.

Präsident Dr. Stang: Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. —

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung in der ersten Lesung.

Ich muß hier einflechten, daß die Mängel, die der Herr Berichterstatter hinsichtlich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Gesetzes mit Recht festgestellt hat, ihre Erklärung in der Notwendigkeit finden, dieses Gesetz noch heute, am letzten Sitzungstage, zu verabschieden.

Ich rufe auf den I. Abschnitt, Rechtsform, Aufgaben, Grundkapital.

§ 1. — Widerspruch erfolgt nicht. § 1 ist angenommen.

§ 2, der von den Aufgaben dieser Landesanstalt für Aufbaufinanzierung handelt, begegnet keinem Widerspruch; er ist angenommen.

§ 3. — Ebenfalls ohne Widerspruch angenommen.

§ 4. — Es erfolgt kein Widerspruch; § 4 ist angenommen.

§ 5. — Auch gegen ihn wird kein Widerspruch erhoben; er hat die Annahme des Hauses gefunden.

§ 6. — Ebenso.

§ 7. — Ebenso.

Ich rufe auf den II. Abschnitt, Organisation, mit § 8 —, § 9 —, § 10 —, § 11 —, § 12 —, § 13 —, § 14 — und den III. Abschnitt, Geschäftsführung, mit § 15 —, § 16 —, § 17 —, § 18 —, § 19. — Ich stelle fest, daß gegen diese von mir aufgerufenen §§ 8 mit 19 kein Widerspruch erhoben wurde. Das Haus hat sie angenommen.

Ich rufe auf den IV. Abschnitt, Jahresabschluß und Gewinnverteilung.

§ 20. — Ohne Widerspruch angenommen.

§ 21. — Ebenso.

§ 22. — Ebenso.

Ich rufe auf den V. Abschnitt, Schlußbestimmungen.

§ 23. — Hier ist als Betriebsmittelfredit der Betrag von 500 000 DM einzusehen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. § 23 ist mit dieser Ergänzung angenommen.

§ 24. — Ohne Erinnerung angenommen.

§ 25. — Auch hier erfolgt kein Widerspruch; § 25 hat gleichfalls die Zustimmung des Hauses gefunden.

§ 26. — Ohne Widerspruch angenommen.

§ 27 lautet:

(1) Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 20. November 1950 in Kraft.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Vorschriften.

Auch diesen § 27 hat das Haus angenommen.

Damit ist die erste Lesung abgeschlossen.

Wir treten nach dem vorhin gefaßten Beschluß sofort in die zweite Lesung ein. — Wortmeldungen liegen nicht vor; die Aussprache ist geschlossen.

Ich rufe auf § 1 —, § 2 —, § 3 —, § 4 —, § 5 —, § 6 —, § 7 —, § 8 —, § 9 —, § 10 —, § 11 —, § 12 —, § 13 —, § 14 —, § 15 —, § 16 —, § 17 —, § 18 —, § 19 —, § 20 —, § 21 —, § 22 —, § 23 —, § 24 —, § 25 —, § 26 —, § 27 —. Das Gesetz hat auch in der zweiten Lesung in seinen einzelnen Paragraphen die Annahme des Hauses gefunden.

Wir haben noch über das Gesetz im ganzen abzustimmen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche diesem Gesetz über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das Haus hat das Gesetz angenommen.

Die Überschrift des Gesetzes lautet:

Gesetz über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung.

Auch gegen den Titel des Gesetzes wurde kein Widerspruch geltend gemacht. Der Gegenstand ist erledigt.

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt noch eine weitere Angelegenheit zu regeln. Es handelt sich um die Beilage 4624,

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich melde mich zum Wort!)

und zwar um die

Vorschlagsliste für die Wahl der Beisitzer zu den Beschwerdeauschüssen bei den Außenstellen des Landesamts für Soforthilfe.

Sie haben alle das Verzeichnis in Händen.

(Abg. Stöck: Das können wir heute nicht erledigen!)

Das Wort zu dieser Vorschlagsliste wünscht der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Hohes Haus! Wir bekommen eine Liste vorgelegt, die zu überprüfen die Fraktionen noch keine Gelegenheit hatten. Andererseits ist es zutreffend, daß die Amtszeit der vom Landtag vor einem Jahr, am 29. November 1949, gewählten Beschwerdeauschüsse beim Landesamt für Soforthilfe abläuft. Ich schlage dem hohen Hause vor, heute zu beschließen: Die Amtszeit der bisherigen Beisitzer wird bis zur Neuwahl verlängert, längstens auf die Dauer von zwei Monaten.

(Abg. Bezdold Otto und Abg. Stöck: Einverstanden!)

Präsident Dr. Stang: Sie haben den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer gehört. Es erhebt sich gegen diesen Antrag, der auf eine Verlängerung der Amtszeit der bisherigen Beisitzer bei den Beschwerdeauschüssen des Landesamts für Soforthilfe hinausläuft, kein Widerspruch. Ich stelle fest, daß das Haus so beschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Bevor ich nun den Rechenschaftsbericht gebe und die Schlußansprache halte, wünscht der Herr Abgeordnete Weinzierl Alois, das Wort zu einer Erklärung nach § 67 unserer Geschäftsordnung zu nehmen.

Weinzierl Alois (CSU) — mit Beifall begrüßt —: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Schlaganfall, den ich erlitten habe, waren Sie so liebenswürdig, Herr Präsident, mir persönlich und im Namen aller Kolleginnen und Kollegen die besten Wünsche zu meiner Wiedergenesung zu übermitteln. Nicht vergessen möchte ich den Herrn Rundfunkkommentator ebenso wie die sogenannten Baumgäste, die Presse, und die Landtagsbeamten, -angestellten und -arbeiter. Sie sehen es heute selbst, daß die Wünsche geholfen haben und daß meine Gesundheit teilweise wiederhergestellt ist.

(Bravo!)

Ich sage Ihnen nach bayerischer Mundart ein herzliches Vergelt's Gott!

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Das Haus hat von dieser Dankeserklärung Kenntnis genommen. Ich freue mich, daß sich der seinerzeit bei der Mitteilung von der schweren Erkrankung des Herrn Kollegen Weinzierl von mir geäußerte Wunsch schon erfüllt und unser lieber Kollege wieder **G e n e s u n g** gefunden hat. Ich möchte im Namen des ganzen Hauses zu dieser Genesung die herzlichsten **G l ü c k w ü n s c h e** aussprechen und dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Trisiche und Originalität seines Wesens ihn auch in Zukunft auszeichnen und ihm noch recht lange erhalten bleiben möge.

(Allgemeiner Beifall.)

Das Wort hat nun zunächst der Herr Ministerpräsident Dr. Chard.

Dr. Chard, Ministerpräsident: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Landtag ist nunmehr am Ende seiner Tätigkeit angelangt. Ich glaube, ich habe noch eine Pflicht zu erfüllen, ehe der Herr Präsident die Schlussansprache hält und die gegenwärtige Landtagsperiode durch die heutige Sitzung abgeschlossen wird. Ich unterziehe mich dieser Pflicht besonders gerne.

Ich möchte am Ende der Landtagsarbeit im Namen der Staatsregierung und auch im eigenen Namen dem hohen Hause für die gute, verständnisvolle und, man darf wohl sagen, erspriessliche Zusammenarbeit den herzlichsten **Dank** sagen. Regierung und Landtag befinden sich am Ende der Legislaturperiode und sind angesichts der Neuwahlen in der gleichen Situation, die sie innerlich gewissermaßen kennzeichnet: Beide haben für das, was sie getan haben, dem Volk Rechenschaft abzulegen und beide haben sich dem **Botum des Volkes** zu unterziehen. Wenn die Regierung von sich aus sagen kann, daß sie mit gutem Gewissen vor das Volk hintrreten kann, so kann dies meines Erachtens der Landtag in seiner Gesamtheit mit vollem Recht auch von sich sagen. Der **Landtag** als die vornehmste Institution der Verfassung hat in vier Jahren schwerster und mühseligster Aufbauarbeit die ihm zugedachte Funktion in vollem Umfang erfüllt und wesentlich dazu beigetragen, auf einem vollständigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Trümmerfeld wieder feste Staatsgrundlagen zu schaffen. Es war ein Landtag, der sich den Aufgaben der Zeit, in die er hineingestellt war, gewachsen zeigte. Damit ist sehr viel gesagt. Denn diese Zeit war vielleicht die schwierigste in der bayerischen und in der deutschen Geschichte.

Ich weiß natürlich, daß sehr viel Kritik an der Tätigkeit des Landtags geübt wird und geübt worden ist und daß manchmal billige Witze am laufenden Band über ihn und über die Art seiner Tätigkeit gemacht worden sind. Aber nur eine nihilistische Kritik kann leugnen, daß mit Erfolg gearbeitet worden ist. Man sollte sich doch in einer Zeit, in der sich die Demokratie ja selbst im Wachsen und in dem Versuch einer Festigung befindet, sehr wohl überlegen, und zwar in allen Schichten des Volkes, ob es gut ist, jede Autorität systematisch zu untergraben.

Der gegenwärtige Landtag hat aber auch bewiesen, was es für Volk und Staat bedeutet, wenn der Wählerwille ein **arbeitsfähiges Parlament** zustande bringt. Wir stehen vor Neuwahlen, und ich glaube, daß wir uns in dieser Abschiedsstunde in diesem hohen Haus alle in dem Wunsch einig sind, daß das bayerische Volk am Wahltag neuerdings die politische Einsicht aufbringt, wiederum einen arbeitsfähigen Landtag ins Leben zu rufen.

(Sehr gut!)

Mögen sich die Wähler vor Augen halten, daß die Arbeitsfähigkeit eines Parlaments um so mehr in Frage gestellt ist, je aufgespaltener die Volksvertretung in Gruppen und Grüppchen ist.

(Sehr richtig!)

Es kann heute schon gesagt werden, daß ein Landtag, der bei seiner Entstehung dieser Krankheit der Aufspaltung erlage, sicher ein schwächerer Landtag als der bisherige wäre.

(Sehr gut!)

Wenn heute da und dort mit lauten Worten die Behauptung aufgestellt wird, es seien neue Parteien notwendig, weil sich die alten Parteien, die bisher im Landtag vertreten waren, als unfähig erwiesen hätten, nun, meine Damen, meine Herren, so wird sich ja zeigen, ob dieses Gründungsfeber neue und große Fähigkeiten im demokratischen Organismus erzeugen wird.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Vielleicht tritt das Gegenteil ein, nämlich — im ganzen gesehen — ein unfähiges Parlament oder unfähige Parlamente. Wir haben, glaube ich, gewisse Erfahrungen. Arbeitsunfähige Parlamente sind — und das möge sich die Öffentlichkeit, die an der **Demokratie** hängt und sie aufrechterhalten will, sehr gesagt sein lassen — der beste Schrittmacher für alle antidemokratischen und radikalen Tendenzen.

(Sehr richtig!)

Das bayerische Volk tritt in einer Zeit, in der schicksalhafte Fragen für Deutschlands Zukunft heranreifen, an die Wahlurne. Diese bayerische **Landtagswahl** hat nicht nur eine bayerische, sondern eine deutsche Bedeutung. Möge sich das bayerische Volk dieser Verantwortung bewußt sein und, erfüllt von seiner staatsbürgerlichen Pflicht, Mann für Mann und Frau für Frau an die Wahlurne treten! Ich möchte von dieser Stelle aus allen Ernstes an alle politisch Besonnenen und Einsichtigen die Aufforderung richten, die Laien, die Gleichgültigen, die Beiseiteschwerden mit sich zu reißen und ihnen ins Gewissen zu reden, ihre **Wahlpflicht** zu erfüllen. Wer nicht wählt, hat auch kein Recht, hinterher zu kritisieren. Möge das gesamte bayerische

(Dr. Chard, Ministerpräsident)

Volk durch sein Interesse und seine Beteiligung an der Wahl einen Beweis seiner politischen Reife ablegen!

Und nun, meine Damen, meine Herren, erlauben Sie mir, mit einem Wunsch zu schließen. Es ist unleugbar, daß vom Jahre 1946 bis heute sichtbare Fortschritte in der Aufbauarbeit erzielt werden konnten. Dabei weiß niemand besser als ich, daß vieles offen geblieben ist und manches zu tun übrig bleibt. Ich weiß, daß an manchem sachliche Kritik geübt werden kann, aber Sie werden, glaube ich, immerhin mit mir einig gehen, wenn ich zum Schluß sage: Möge dem bayerischen Volk beschieden sein, in den nächsten vier Jahren in friedlicher und stetiger Aufbauarbeit in dem gleichen Verhältnis weiter vorwärts zu schreiten wie in den letzten vier Jahren!

(Allgemeiner, anhaltender Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Meine Damen und Herren! Nach dieser von hohen staatsmännischen Gedanken getragenen Rede des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Chard darf ich den **Rechenschaftsbericht** geben, wie es mir als Präsident dieses Hauses obliegt. Eine Reihe Gegenstände konnte dieser Landtag nicht mehr erledigen. Es wird dem künftigen Landtag vorbehalten bleiben, sie aufzugreifen. Ebenso bleibt es jedem Einreicher einer Eingabe oder Beschwerde überlassen, seine nicht mehr behandelte Eingabe zu erneuern und dem kommenden Landtag zu überreichen.

In meinem Bericht will ich mich auf wenige Kernstücke unserer parlamentarischen Arbeit beschränken. Ich kann unmöglich alle Einzelheiten aufzählen und erbitte das Einverständnis des Hauses dazu, daß ich eine genaue Aufstellung in den Stenographischen Bericht einfügen lasse.

Der am 1. Dezember 1946 gewählte erste bayerische Nachkriegslandtag, dem in der Geschichte der bayerischen Volksvertretung 45 andere Landtage vorausgegangen sind, trat am 16. Dezember 1946 zu seiner ersten Tagung zusammen, die am 19. Juli 1947 geschlossen wurde. Die zweite Tagung währte vom 20. September 1947 bis zum 31. Juli 1948, die dritte Tagung vom 25. August 1948 bis zum 30. September 1949. In der Zeit vom 26. Juli bis 26. August 1949 hatte der Landtag die Verhandlungen zum Zeichen des Protestes gegen die Einmischung der Militärregierung in das Strafverfahren gegen den Abgeordneten Voritz unterbrochen. Die vierte Tagung wurde am 12. Oktober 1949 eröffnet und dauert noch an. Denn die Wahlperiode des gegenwärtigen Landtags, der heute seine letzte Sitzung hält, endet erst am Tage der Neuwahl, dem 26. November 1950, 24 Uhr. Bis zum Zusammentritt des neuen Landtags werden die Rechte der Volksvertretung durch den Zwischenausschuß wahrgenommen.

Ich darf nun eine Gesamtübersicht, eine Bilanz der Tätigkeit des Landtags geben. Während der Gesamtdauer des Landtags, das heißt vom 16. Dezember 1946 bis zum heutigen Tage, wurden erledigt:

4 Haushaltspläne, und zwar für die Rechnungsjahre 1947 bis 1950, ferner der Nachtrag zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946; der Haushaltsplan für 1948 wurde, bedingt

durch die Geldumstellung, in der Form von vierteljährlichen Betriebsmittelpfänen beraten, die ihre beschlußmäßige Erledigung fanden,

- 160 Gesetzentwürfe der Staatsregierung,
- 13 Verordnungen der Staatsregierung,
- 21 Regierungsanträge,
- 7 weitere Regierungsvorlagen,
- 81 Initiativgesetzentwürfe,
- 2 Initiativverordnungen von Abgeordneten,
- 2 Initiativgesetzentwürfe von Ausschüssen,
- 1 Initiativgesetzentwurf des Senats,
- 1285 weitere selbständige Anträge,
- 21 Anträge von Ausschüssen,
- 63 Interpellationen *(incl. Anfragen 623 d. 26. Sept. 1947)*,
- 134 kurze Anfragen,
- 57 Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten,
- 10 567 Eingaben und Beschwerden.

— Daß im Eingabenausschuß die Arbeit nicht „kurz“ sein konnte, wenn auch der Vorsitzende des Ausschusses Kurz heißt, liegt auf der Hand.

Im Laufe dieser Wahlperiode 1946 bis 1950 wurden abgehalten 191 — mit der heutigen 192 — Sitzungen: in der ersten Tagung 27, darunter 11 Doppelsitzungen, in der zweiten Tagung 57, darunter 25 Doppelsitzungen, in der dritten Tagung 39, darunter 19 Doppelsitzungen und 1 Nachtsitzung, in der vierten Tagung 69 Sitzungen, darunter 17 Doppelsitzungen und 1 Nachtsitzung.

Meine Damen und Herren! Die Not des bayerischen Volkes nach dem katastrophalen Zusammenbruch im Jahre 1945 hat ihren Wellenschlag auch auf die äußeren Lebensbedingungen des Landtags geworfen. Das alte Parlamentsgebäude war vollständig zerstört. So sah sich der Landtag gezwungen, sich nach **Ersatzunterkünften** umzusehen. Wer sich jener Zeiten erinnert, weiß, welche unangenehme, ja unerträgliche Zustände damit verbunden waren. Die Abgeordneten mußten in notdürftig beleuchteten Sälen und schlecht geheizten Räumen, manchesmal eingehüllt in ihre Mäntel, ihre Pflicht erfüllen und daran gehen, die rechtlichen Fundamente für den Aufbau Bayerns zu legen.

Der Landtag tagte zu seiner 1. bis 3. Sitzung, das ist vom 16. Dezember 1946 bis zum 10. Januar 1947, in der **Aula der Universität München**, zu seiner 4. bis 15. Sitzung, das ist vom 29. Januar bis 3. Mai 1947, im **Theater am Brunnenhof** in der Residenz, zu seiner 16. bis 96. Sitzung, das ist vom 28. Mai 1947 bis zum 16. Dezember 1948, im **Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums** und von der 97. Sitzung ab, das ist seit 12. Januar 1949, im neuen Landtagsgebäude, dem **Magimilianeum**, von dem ein in der Stadt München und darüber hinaus verbreitetes Wort sagt, daß es das „schönste Parlament ganz Europas“ sei. Dieses Wort eines hohen Ministerialbeamten, der der Obersten Baubehörde angehört, ist, wie schon einmal festgestellt wurde, so zu verstehen: es hat eine sehr schöne, beherrschende Lage und bringt zum Ausdruck, daß der Landtag immer auf einer hohen Warte stehen soll.

(Beifall.)

(Präsident Dr. Stang)

Dieses Gebäude aber, das der Maximilianeums-Stiftung gehört, war durch Kriegseinwirkung zur Ruine geworden, und die Stiftung hätte es aus eigener Kraft nie wieder aufrichten und ausbauen können. Diese Aufgabe hat der Bayerische Landtag der Stiftung abgenommen und dadurch zugleich auch die Möglichkeit gewonnen, sich eine zwar würdige und vornehme, jedenfalls aber keineswegs üppig prunkvolle Tagungsstätte zu schaffen. Nach meiner persönlichen Überzeugung wäre es gewiß besser gewesen, am Platz des alten Parlamentsgebäudes oder sonst an einem geeigneten Ort ein neues Parlament zu errichten;

(Sehr gut! Sehr richtig!)

denn die Anpassung eines für andere Zwecke errichteten Gebäudes an einen neuen Zweck ist immer eine schwierige Aufgabe und kann nie zur restlosen Zufriedenheit gelöst werden.

(Abgeordneter Wimmer: Und das Maximilianeum wäre dann verfallen!)

Wir erfreuen uns an den schönen, aber gewiß nicht prunkvollen Räumen, die nun geschaffen wurden. Wir müssen klagen über den Mangel an Sitzungssälen und anderen Räumen. Es muß daher unbedingt angestrebt werden, durch Freimachung dieses Hauses — selbstverständlich wird das noch einige Zeit dauern — die notwendigen Räume für die Fraktionen, die Vorsitzenden der Ausschüsse usw. zu gewinnen.

Ich habe bisher von den Vollsitzungen gesprochen, deren Zahl mit der heutigen sich auf 192 beläuft. Ich gehe über zu den Sitzungen der **Ausschüsse**, deren Zahl einschließlich der Sitzungen des Präsidiums und des Ältestenrats 1727 beträgt. Im einzelnen hielten ab:

	Sitzungen
Präsidium	40
Ältestenrat	86
Die Ausschüsse	
Bayern — Pfalz	6
Beirat des Staatskommissars für die Überführung von Unternehmen in Staatseigentum gemäß Artikel 160 der bayerischen Verfassung	23
für Besoldungsfragen	36
für Eingaben und Beschwerden	204
Unterausschuß dieses Ausschusses	73
für Entnazifizierungsfragen	32
für Flüchtlingsfragen	46
Unterausschuß dieses Ausschusses	3
für die Geschäftsordnung	42
für Grenzlandfragen	2
für den Staatshaushalt	222
Unterausschuß für Theaterfragen	8
Unterausschuß zur Förderung des Wiederaufbaues Würzburg-Nürnberg	3

	Sitzungen
Unterausschuß für Fragen der Staatszuschüsse an Kirchen	1
für kulturpolitische Fragen	26
für Fragen des Länderrats und für Fragen bizonaler und mehrzonaler Art	9
für Ernährung und Landwirtschaft	74
Unterausschuß dieses Ausschusses	2
Unterausschuß zur Überprüfung der Wirtschaftsverbände	3
für sozialpolitische Angelegenheiten	78
Unterausschüsse	
für Arbeitsrechtsfragen	44
Fürsorgemeßen	2
zur Betreuung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen	4
zur Überprüfung der räumlichen Verhältnisse bei den Landesversicherungsanstalten	1
für Sozialversicherungsfragen	7
zur Behandlung der Wohnungsfragen	2
zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose	1
zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Gewährung von Blindengeld an Friedensblinde vom 28. 9. 1949	1
für Rechts- und Verfassungsfragen	179
Unterausschuß dieses Ausschusses	64
für Verkehrsfragen	30
Untersuchungsausschuß dieses Ausschusses	20
für Wahlprüfungen	26
für Wirtschaft	76
Unterausschuß dieses Ausschusses	2
Kommission für Aufgaben wirtschaftlicher Art	4
für Wohnungs- und Siedlungsbau	22
Unterausschuß	
für Bautechnik	1
für finanzielle Angelegenheiten	3
für Gesamtplanung	9
für rechtliche Grundlagen	2
Zwischenausschuß — für Zwecke des Artikels 26 der Verfassung	4
Unterausschuß	
des Haushalts- und Wirtschafts-Ausschusses zum Studium der Verwendung von Düsenmotoren	2
Untersuchungs-Ausschüsse:	
zur Prüfung der Vorgänge in der Bauabteilung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen	11
zur Untersuchung der Personalverhältnisse in der Gesundheitsabteilung des Staatsministeriums des Innern	8

(Präsident Dr. Stang)

Sitzungen

zur Prüfung einzelner Vorgänge im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	72
Fall Urbanczyk	
Fall Gehring	
Fall Steffen	
Fall Nüßlein	
zur Untersuchung der Vorgänge im Staatsministerium für Sonderaufgaben bei der Regierungsbildung	6
zur Untersuchung der Mißstände im Staatsministerium für Wirtschaft und in den Wirtschaftsämtern	17
zur Überprüfung der derzeitigen Organisation der Landpolizei	16
zum Fall Blum	15
zur Klärung des Falles Dr. Burgard	7
zur Untersuchung der gegen die Abgeordneten Höllerer und Strasser erhobenen Vorwürfe	1
zur Untersuchung der Vorgänge beim Bau der Häuser der Staatsforstverwaltung in Geißelgasteig	2
S o n d e r - A u s s c h ü s s e:	
zur Beratung des Betriebsrätegesetzes	2
zum Abschluß der Entnazifizierung	2
P r ü f u n g s - A u s s c h ü s s e:	
zur Prüfung der Einsprüche nach Artikel 6 des Gesetzes zur Siedlungs- und Bodenreform	12
für Kreditfragen	30
für den Fall Meißner (Präsidiumssitzung)	1
	1727

Aus dem Landtag 1946/50 schieden aus 26 Abgeordnete, und zwar

- 5 aus persönlichen Gründen, nämlich die Abgeordneten:
 - Sichler Franz (SPD) am 12. 6. 47
Ersatzmann: Muhr Bernhard
 - Deku Maria (CSU) am 29. 2. 48
Ersatzmann: Bösl Johann
 - Schwingenstein August (CSU) am 1. 10. 48
Ersatzmann: Dr. Ziegler Franz
 - Dr. Vogtherr Ernst (SPD) am 13. 10. 48
Ersatzmann: Schöllhorn Peter
 - Stegerwald Wilhelm (CSU) am 12. 3. 49
Ersatzmann: Schöner Franz
- 2 durch Wahl in den Wirtschaftsrat in Frankfurt, nämlich die Abgeordneten:
 - Baur Valentin (SPD) am 15. 7. 47
Ersatzmann: Dr. Vogtherr Ernst

- Dr. Zwidnagl Max (CSU) am 20. 2. 48
Ersatzmann: Dr. Stürmann Josef
- 8 durch Wahl in den Bundestag, nämlich die Abgeordneten:
 - Dr. Probst Maria (CSU) am 2. 9. 49
Ersatzmann: Haaf Karl
 - Marg Franz (SPD) am 19. 9. 49
Ersatzmann: Fribl Anton
 - Fischer Wilhelm (SPD) am 19. 9. 49
Ersatzmann: Lowig Georg
 - Herrmann Matthäus (SPD) am 20. 9. 49
Ersatzmann: Hauffe Herbert
 - Behrißch Arno (SPD) am 22. 9. 49
Ersatzmann: Lübel Arthur
 - Dr. Dehler Thomas (FDP) am 6. 10. 49
Ersatzmann: v. Rudolph Ludwig
 - Dr. Laforet Wilhelm (CSU) am 16. 11. 49
Ersatzmann: Dr. Kroth Karl August
 - Dr. Horlacher Michael (CSU) am 8. 2. 50
Ersatzmann: Helmerich Michael
- 1 durch Wahl in den Bayerischen Senat, nämlich der Abgeordnete
 - Sühler Adam (CSU) am 1. 1. 50
Ersatzmann: Brumberger Josef.
- Ich darf dann die durch den Tod aus unseren Reihen abgerufenen 10 Mitglieder erwähnen:

(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

 - Lang Andreas (CSU) am 28. 11. 48
Ersatzmann: Krehle Heinrich
 - Anteseder Johann (CSU) am 12. 12. 48
Ersatzmann: Maier Anton
 - Zeißlein Anton (CSU) am 10. 6. 49
Ersatzmann: Englert Rudolf
 - Dr. Bühner Eustach (CSU) am 28. 6. 49
Ersatzmann: Wölfel Gustav
 - Fichtner Lorenz (SPD) am 18. 7. 49
Ersatzmann: Wallner August
 - Hagn Hans (CSU) am 7. 10. 49
Ersatzmann: Melchner August
 - Dr. Linnert Frikz (FDP) am 27. 10. 49
Ersatzmann: Hemmersbach Josef Peter
 - Dr. Ziegler Franz (FVG) am 27. 12. 49
Ersatzmann: Luz Hermann
 - Sauer Franz Ludwig (CSU) am 28. 3. 50
Ersatzmann: Schwägerl Hans
 - Endemann Christian (SPD) am 30. 5. 50
Ersatzmann: Schlichtinger Friedl.
- Sie haben sich zum Ausdruck ehrenden Gedächtnisses an die Toten von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Präsident Dr. Stang)

Zur Prüfung der Voraussetzung der Wählbarkeit mußten zeitweilig aus dem Landtag ausscheiden zwei Abgeordnete, nämlich

D. Strathmann Hermann (CSU) vom 3. 4. 47 bis 22. 3. 49; Ersatzmann: Brumberger Josef

Hausleiter August (CSU) v. 22. 9. 47 bis 27. 1. 48
Ersatzmann: Schwägerl Hans.

Als Ersatzmänner abberufen und wiedereingetreten sind zwei Abgeordnete, nämlich

Brumberger Josef (CSU) am 22. 3. 49 zugunsten des Abg. D. Strathmann und wiedereingetreten am 1. 1. 50 für den Abg. Sühler Adam

Schwägerl Hans (CSU) am 27. 1. 48 zugunsten des Abg. Hausleiter und wiedereingetreten am 1. 4. 1950 für den Abg. Sauer Franz Ludwig.

Die Beratung und Erledigung der Gesetzentwürfe, Verordnungen und Anträge der Staatsregierung, der Initiativgesetzentwürfe und weiteren selbständigen Anträge der Abgeordneten gliedern sich zusammengefaßt wie folgt auf:

I.

Von den 160 Gesetzentwürfen der Staatsregierung wurden vorberaten

- 47 im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen,
- 56 im Ausschuß für den Staatshaushalt,
- 5 im Ausschuß für kulturpolitische Fragen,
- 5 im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft,
- 18 im Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten,
- 9 im Ausschuß für Wirtschaftsfragen;

es wurden

- 39 unverändert
- 92 in geänderter Fassung angenommen,
- 2 abgelehnt,
- 1 zurückgezogen,
- 1 nicht weiter behandelt, da Sache des Bundes,
- 1 zur Berücksichtigung an den Bund weitergegeben,
- 24 blieben unerledigt;

hiervon wurden

- 4 durch einen neuen Regierungsentwurf,
- 2 durch einen Initiativgesetzentwurf ersetzt, die die Zustimmung erhielten,
- 6 waren Gesetze des Länderrates,
 - von der Militärregierung wurden
 - 1 vor der Beratung verboten,
 - 4 nach der Beschlußfassung aufgehoben,
 - den Einwendungen des Senats zu
- 6 wurde nicht, zu
- 2 teilweise, zu
- 2 ganz Rechnung getragen,
 - den Anregungen des Senats zu
- 1 wurde Rechnung getragen.

Von den 13 Verordnungen der Staatsregierung wurden vorberaten

- 6 im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen,
- 4 im Ausschuß für den Staatshaushalt,
- 1 im Ausschuß für Länderratsfragen,
- 1 im Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten;

es wurden

- 8 unverändert,
- 2 in geänderter Fassung angenommen,
- 1 für gegenstandslos erklärt durch Annahme einer Verordnung als Gesetz,
- 1 durch eine spätere Verordnung abgelöst,
- 1 blieb unerledigt.

Von den 21 Regierungsanträgen wurden vorberaten

- 1 im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen,
- 16 im Ausschuß für den Staatshaushalt,
- 1 im Zwischenausschuß;

es wurden

- 17 unverändert,
- 4 in geänderter Fassung angenommen.

II.

Von den 81 Initiativgesetzentwürfen wurden vorberaten

- 23 im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen,
- 7 im Ausschuß für den Staatshaushalt,
- 1 im Ausschuß für Befoldungsfragen,
- 4 im Ausschuß für kulturpolitische Fragen,
- 1 im Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten,
- 5 im Ausschuß für Wirtschaftsfragen,
- 2 im Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau;

es wurden

- 6 unverändert,
- 23 in geänderter Fassung angenommen,
- 4 abgelehnt,
- 6 zurückgezogen,
- 5 erledigt erklärt durch Zustimmung zu einer Regierungsvorlage,
- 4 an den Bund weitergegeben,
- 1 als Material an die Staatsregierung hinübergegeben,
- 1 als Antrag behandelt, der der Staatsregierung zum Vollzug hinübergegeben wurde,
- 31 blieben unerledigt;

hiervon wurden

- 2 von der Militärregierung nach der Beschlußfassung aufgehoben,
- 1 durch Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom 17. August 1949, für nichtig erklärt,
 - den Einwendungen des Senats zu
- 2 wurde nicht, zu
- 3 teilweise, zu
- 1 ganz Rechnung getragen.

Von den 1285 weiteren selbständigen Anträgen wurden vorberaten

- 107 im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen,
- 375 im Ausschuß für den Staatshaushalt,

(Präsident Dr. Stang)

- 2 im Ausschuß — Beirat gemäß Artikel 160 —,
 25 im Ausschuß für Befoldungsfragen,
 1 im Ausschuß für Eingaben und Beschwerden,
 19 im Ausschuß für Entnazifizierungsfragen,
 47 im Ausschuß für Flüchtlingsfragen,
 4 im Ausschuß für die Geschäftsordnung,
 1 im Ausschuß für Grenzlandfragen,
 47 im Ausschuß für kulturpolitische Fragen,
 131 im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft,
 73 im Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten,
 28 im Ausschuß für Verkehrsfragen,
 126 im Ausschuß für Wirtschaftsfragen,
 5 im Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsbau,
 4 im Zwischenausschuß;
- es wurden
- 410 unverändert,
 340 in geänderter Fassung angenommen,
 68 abgelehnt,
 186 zurückgezogen,
 29 durch Zustimmung zu einem anderen Antrag oder Gesekentwurf,
 18 durch Erklärung der Staatsregierung für erledigt erklärt,
 5 der Staatsregierung als Material hinübergegeben,
 229 blieben unerledigt.

Als sehr zweckmäßig hat sich erwiesen, daß alle Gesekentwürfe, die in den verschiedenen Ausschüssen beraten wurden, vom Rechts- und Verfassungsausschuß nach der rechtlichen und verfassungsrechtlichen Seite hin nochmals einer Prüfung unterzogen wurden. Dem Rechts- und Verfassungsausschuß gebührt dafür besonderer Dank.

Meine verehrten Damen und Herren! Die Zahlen, die ich Ihnen über die Tätigkeit des Plenums und seiner Ausschüsse vortragen durfte, sprechen trotz aller Trockenheit und Nüchternheit eine recht deutliche Sprache. Sie künden uns jedenfalls, daß der Landtag in diesen vier Jahren ein **vollgerüstelt Maß fruchtbringender Arbeit für Staat und Volk** geleistet hat. Der Landtag der Jahre 1946/50 ist erhaben über mancherlei Miße, die über seine Tätigkeit gemacht werden. Ich begrüße es, daß die **Presse** die anfänglich recht dürftigen Auslassungen durch zutreffendere und vor allem sachlichere Berichte in der jüngsten Zeit über die Arbeit des Landtags ersetzt hat.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wir können also in dieser Abschiedsstunde zurückblicken auf ein großes, schönes aber auch sehr schwieriges Arbeitsfeld und freuen uns der reichen Ernte, die wir in unsere Scheune gebracht haben. Mehr noch als die nackten Zahlen, die ich vorhin vorgetragen habe, wird der **Stenographische Bericht** demjenigen, der wirklich nach der Wahrheit sucht, Einblick geben in die umfassende und vielseitige Arbeit des Landtags.

Ich darf bei diesem allgemeinen Überblick über die Tätigkeit des Landtags in den Jahren 1946 bis 1950

vor allem einen Gedanken herausstellen: Vom Beginn seiner Tätigkeit an hat der Landtag nach den Grundsätzen der am gleichen Tag, an dem die Landtagswahl stattfand, durch das Volk beschlossenen **Verfassung** gearbeitet. Wir haben im Bayerischen Landtag diese Verfassung immer als ein wertvolles und verpflichtendes Fundament unserer ganzen politischen und parlamentarischen Arbeit anerkannt. Wie ein feierlicher Glockenton zur Grundsteinlegung eines heiligen Hauses klingt die Präambel unserer Verfassung:

Angeichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat,

in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern,

gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.

Ich meine, schon in dieser Präambel weht der Geist unserer Verfassung. Nach diesen verpflichtenden Grundsätzen unserer Verfassung haben wir in den letzten vier Jahren gearbeitet. Wir haben vor allem das **Ideal einer edlen Demokratie** in unseren Herzen wach erhalten. Die Demokratie ist jene Staatsform, die zur Ordnung des Gemeinschaftslebens alle aufbauwilligen und aufbaufähigen Kräfte im Staat zusammenfaßt und zusammenschließt. Demokratie bedeutet nicht Willkür. „Nach seinem Sinne leben, ist gemein. Der Edle strebt nach Ordnung und Gesek.“ Manchem müßte ins Herz eingepreßt werden, daß **Demokratie nicht Ungezügeltigkeit und Ungebundenheit** bedeutet. Wir haben in diesen vier Jahren die junge bayerische und deutsche Demokratie zu entwickeln und auch zu schützen uns bemüht; denn manchmal mußte auch das Parlament selbst eine **starke Abwehrfront gegen die Feinde der Demokratie** bilden. Der Landtag hat es an mahnenden Rufen in dieser Richtung nicht fehlen lassen. Dies gilt vor allem für manche **Urteile deutscher Gerichte**. Wir wissen wohl, daß ein Richter nach Bindungen zu handeln und zu urteilen hat, die sein richterlicher Eid ihm auferlegt. Aber manchmal sind dabei doch recht merkwürdige Urteile zustande gekommen. Wenn ich heute diese Fälle erneut anrühre, so treibt mich das Gewissen dazu. Bei jener Rundgebung des Landtags gegen das Urteil im Fall Hedler lag es mir fern, den Richtern vorzuwerfen, sie hätten gegen ihren Eid gehandelt; wohl aber wollte und mußte ich meine warnende Stimme gegen eine Entwicklung erheben, die sich abzeichnete: daß man nicht mehr klar und richtig sieht und daher auch nicht mehr richtig urteilen kann.

Meine Damen und Herren! Wir waren in diesen vier Jahren, vor allem auch dank der Mitarbeit der Juristen dieses Hauses bemüht, die **Rechtssicherheit** im Staate wiederherzustellen, die durch das nationalsozialistische Regime schwer erschüttert war. Richtschnur für unser Handeln war die Verfassung. Richtschnur für den Ablauf unserer Beratungen war die **Geschäftsordnung**, die der Landtag am 12. Mai 1948 beschlossen hatte. Die Geschäftsordnung ist gewissermaßen Grundgesek und

(Präsident Dr. Stang)

Verfassung des Parlaments, mag auch ihre Abänderung nicht von so hohen Schranken umgeben sein wie eine Änderung der Verfassung. Ich darf wohl sagen, daß unsere Geschäftsordnung, die wir in drei Lesungen beraten und verabschiedet haben, sich als ein gutes, zuverlässiges Instrument für die Ordnung unserer parlamentarischen Arbeit erwiesen hat.

Auf innenpolitischem Gebiet darf ich an ein großes Erlebnis und Ereignis erinnern: die Stellungnahme des Bayerischen Landtags zum **Grundgesetz**. Das Grundgesetz, das der Parlamentarische Rat in Bonn kurz vorher beschlossen hatte, war in der entscheidungsschweren Nachsitzung vom 19. auf den 20. Mai 1949 Gegenstand einer lebhaften, ja leidenschaftlichen politischen Auseinandersetzung. Mögen sich bei dieser wie mancher anderen spannungsgeladenen Frage die politischen Leidenschaften entzündet haben, mögen die Meinungen und Überzeugungen hart aufeinandergeprallt sein, so waren unsere Beratungen im allgemeinen doch von der Ritterlichkeit im Kampf, von der Anständigkeit im Gebrauch der politischen Waffen und von der Achtung vor dem Überzeugungs des Gegners bestimmt. So mußte von dem Mittel des Ordnungsrufs, ich weiß nicht, ob dank dem milden Herzen des Präsidenten oder dank den milden und sanften Sitten der Mitglieder des Hauses, nur selten Gebrauch gemacht werden.

Wenn wir, wie der Herr Ministerpräsident vorhin schon andeutete, auf die vergangenen vier Jahre zurückblicken, dann dürfen wir, wenn wir die Augen nicht absichtlich verschließen, mit Genugtuung feststellen, daß in fast allen Lebensbezirken ein **erfreulicher Fortschritt** erzielt wurde: im politischen, auch im außenpolitischen, im wirtschaftlichen, im sozialen und im kulturellen Bereich. Wir in Bayern dürfen uns eines besonders reichen und schönen **Kulturerbes** erfreuen, das in 15 Jahrhunderten geschichtlich gewachsen und geworden ist. Wir empfinden es als unsere heilige Verpflichtung, eingedenk zu bleiben der **großen bayerischen Vergangenheit** und der in ihr entwickelten und auf uns vererbten Kultur. Es ist für uns ein Gebot, dieses bayerische Kulturerbe zu wahren und zu mehren, vor allem auch auf dem Gebiet der Schule und der Pflege von Kunst und Wissenschaft.

Ja, der Bayerische Landtag hat erfolgreich und fruchtbar gearbeitet. Dies bestätigt auch ein **Schreiben**, das mir heute morgen der Land Commissioner Professor George Shuster gesandt hat:

„Sehr geehrter Herr Dr. Stang! Nach vier Jahren aufbauender und opfernder Arbeit für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Bayerns nähert sich die Wahlperiode des ersten bayerischen Nachkriegsparlaments ihrem Ende. Als nach der ersten demokratischen Landtagswahl seit 12 Jahren die neu gewählten Abgeordneten am 16. Dezember 1946 zusammentraten, fanden sie ein wirtschaftliches Trümmersfeld, eine entmutigte und gleichgültige Bevölkerung, zerstörte Städte und Millionen von Flüchtlingen vor, die ernährt, untergebracht und bekleidet werden mußten. Diese Probleme schienen unüberwindlich; aber der Landtag hat sie eins nach dem anderen in den vergangenen vier Jahren in Angriff genommen. Die

Schwierigkeiten, denen sich das neue Parlament gegenüber sah, wurden durch die den Abgeordneten anfangs noch mangelnde Erfahrung im demokratischen Gesetzgebungsverfahren weiter erhöht. Eine zusätzliche Belastung bildete die anfängliche Überwachung aller öffentlichen Angelegenheiten durch die Besatzungsbehörden. Jedoch sind Eingriffe der Besatzungsmacht in Angelegenheiten der bayerischen Gesetzgebung auf ein absolutes Minimum beschränkt geblieben und haben niemals ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung des Landtags zu voller politischer Selbständigkeit bedeutet.

Zwischen dem heutigen Bayerischen Landtag und der Versammlung während des ersten Jahres seines Bestehens ist wenig Ähnlichkeit vorhanden. Der Bayerische Landtag besitzt jetzt ein ständiges und repräsentatives eigenes Gebäude, das einen würdigen Rahmen für eine gesetzgebende Versammlung darstellt. Der Landtag hat sich zu einer beispielhaften demokratischen Volksvertretung entwickelt und ist sich seiner Verantwortung gegenüber dem Volk, auf welchem seine Autorität beruht, bewußt.

Meine besondere Hochachtung möchte ich für das hohe Niveau und den Umfang der von den Landtagsabgeordneten selbst geleisteten Arbeit zum Ausdruck bringen. Besonders erwähnenswert ist die im allgemeinen wenig beachtete Leistung der Landtagsausschüsse. Was Vollsitzungen und Ausschusssitzungen anlangt, kann der Bayerische Landtag als eines der aktivsten und arbeitsfreudigsten Parlamente Westdeutschlands bezeichnet werden. Der Landtag hat ein ständig wachsendes Bewußtsein seiner verfassungsmäßigen Rechte und seiner Verantwortung an den Tag gelegt. Das zeigt zum Beispiel die Behandlung eines Antrags zur Errichtung eines Gesetzgebungsbüros des Landtags, um den Abgeordneten das zeitraubende Quellenstudium zu sparen und ihnen zu helfen, den Wünschen der Öffentlichkeit wirksamer entgegenzukommen. Ich hoffe, daß dieser Plan des gegenwärtigen Landtags endgültig vom nächsten Landtag in die Tat umgesetzt wird.

Darf ich Ihnen, Herr Präsident, meine persönliche Hochachtung ausdrücken für die außerordentlich erfolgreiche Art, in der Sie dieses Haus während des letzten Jahres geleitet haben. Dieser Landtag, der zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder zusammengetreten ist, kann auf eine Arbeitsleistung zurückblicken, auf die das bayerische Volk mit Recht stolz sein kann. Hoffen wir, daß der nächste bayerische Landtag den von diesem Parlament vorgezeichneten Weg fortsetzen wird!

Ihr sehr ergebener

George Shuster, Land Commissioner.

Wir nehmen mit Dank und Freude von diesem Brief des Herrn Landeskommissars Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit darf ich auch feststellen, daß Staatsregierung und Landtag in den vier Jahren, auch in den Jahren, in denen der jetzige Landeskommissar noch nicht sein Amt hier ausübte, immer bemüht waren, loyal mit der **Militärregierung** beziehungsweise mit der späteren **zivilen Besatzungsbehörde** zusammenzuarbeiten. Wir sind aber von der Erwägung ausgegangen, daß der

(Präsident Dr. Stang)

Hohe Kommissar und seine Außenstellen uns nicht bloß gestatten, sondern auch von uns erwarten, daß wir frei und offen vor sie hintreten und unsere Meinung sagen, wenn nach unserer Überzeugung Fehlgriffe gemacht oder falsche Maßnahmen getroffen worden sind.

(Abg. Dr. Korff: Sehr richtig!)

Nach diesem Grundsatz hat die Staatsregierung und hat wohl auch der Bayerische Landtag, soweit es ihm möglich war, gehandelt. Wir freuen uns, daß auch nach dem in diesem Schreiben enthaltenen Zeugnis eine gesetzgeberische Arbeit von hohem Wert, von einer großen Vielfalt und einer fruchtbringenden Art geleistet worden ist.

Es würde den Rahmen hoffnungslos sprengen, der meiner Schlußansprache gesetzt ist, wollte ich die Aufgabengebiete einzeln aufzählen. Ich will nur darauf hinweisen, daß auf dem Gebiet des **Wohnungsbaues** außerordentlich viel geschehen und für die **Heimatvertriebenen** sehr viel geleistet worden ist. Auch auf einer Reihe von anderen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Arbeitsgebieten sind große Fortschritte erreicht worden, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der **Kulturpolitik**. Zeigt doch der Kultushaushalt bei aller Einschränkung, die wir uns auferlegen müssen, eine Ausgabensumme von mehr als 300 Millionen Mark, die sich überall sehen lassen kann.

Meine Damen und Herren! Mit diesen allgemeinen Darlegungen darf ich meine Ausführungen zunächst beenden. Ich würde aber einen schweren Unterlassungsfehler begehen, wollte ich in meiner Schlußansprache nicht all derer gedenken, denen der Landtag zu Dank verpflichtet ist. Wir danken — ich darf da wohl auch die Opposition mit einbeziehen — der **Staatsregierung** für den starken Willen, den bayerischen Staat gut zu führen und zu lenken. Wir danken dem Herrn **Ministerpräsidenten** für seine Tatkraft, seine Umsicht und seine politische Klugheit und den übrigen Mitgliedern seines Kabinetts dafür, daß sie ihren Aufgabekreis so gut ausgefüllt haben.

(Beifall bei der CSU und FDP.)

Ich bitte aber auch die **Presse**, den Ausdruck freundlichen und herzlichen Dankes entgegenzunehmen für ihr Interesse an den Arbeiten des bayerischen Parlaments. Wir haben, wie ich vorhin schon andeutete, im Anfang manche Klagen zu führen gehabt; aber wir stellen mit Genugtuung fest, daß ihr Wille, sachlich und objektiv über sachliche Arbeit zu berichten, stetig stärker geworden ist. Ich weiß, welch wertvolles Gut für den Landtag und seinen Präsidenten ein vertrauensvolles Verhältnis zur Presse ist. Ich darf den Wunsch anfügen, die Presse möge auch in Zukunft immer den Weg zum Präsidenten finden und sich jene Informationsquellen erschließen, deren sie bedarf, um im Dienste der Öffentlichkeit die Feder richtig und sachgemäß zu führen.

Ich habe vorhin das Schreiben des Herrn Land Commissioner vorgetragen, der unserer Arbeit hohe Anerkennung wollte. In diesem Zusammenhang darf ich dem **Hohen Kommissar** und allen Stellen der **amerikanischen Zivilverwaltung** herzlich danken für das Entgegenkommen, das sie uns in den vergangenen schweren Jahren erwiesen haben.

Meine Damen und Herren! Wir gehen in wenigen Tagen auseinander. Manche von uns werden sich in diesem Hause wieder einfinden, andere werden nicht mehr kommen. Ich meine aber, wir sollten aus unserer Zusammenarbeit in diesen vier Jahren, aus der Gemeinschaft, die unter uns entstanden ist, mögen unsere Wege sich auch trennen, eines mitnehmen: das **Gefühl der kollegialen und kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit**.

(Allgemeine Zustimmung.)

Dieses Gefühl sollte sich auch in der Zukunft in einer ritterlichen Achtung vor der Überzeugung des anderen auswirken. Mögen unsere Wege auseinandergehen: wir wollen, wenn wir uns im Leben draußen wieder begegnen, die Kameraden, ich möchte fast sagen die Freunde von ehedem sein.

(Erneute laute Zustimmung.)

Möge die Wahl am kommenden Sonntag, den 26. November, uns ein arbeitsfähiges, ein arbeitswilliges und erfolgsegnetes Parlament bringen. Der kommende Sonntag ist ein entscheidungsschwerer Tag. Ich unterstreiche die Mahnung des Herrn Ministerpräsidenten an uns alle, was an uns liegt, dafür zu sorgen, daß jeder Staatsbürger sein staatsbürgerliches Recht, das auch eine staatsbürgerliche Pflicht umschließt, erfüllt.

Ich schließe mit dem Ruf: Möge Bayern wie unser geliebtes deutsches Vaterland in aller Zukunft das Glück haben, trotz des dunklen Gewölks, das drohend am Himmel steht, in Frieden zu leben und zu arbeiten.

Gott schütze Deutschland, Gott schütze Bayern!

(Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stöck.

Stöck (SPD): Meine Damen und Herren! Am Ende unserer Legislaturperiode darf ich wohl in Ihrer aller Namen dem Herrn Präsidenten für seine **korrekte und objektive Geschäftsführung** Dank sagen. Wir wissen es: Der Herr Präsident Dr. Stang hatte mit uns manchmal große Mühe; denn wir waren nicht immer so, wie wir nach seiner Meinung hätten sein müssen. Aber bei der Arbeit des Parlaments sind Gegensätzlichkeiten unvermeidlich. In der Mehrzahl der Fälle aber konnten unsere Meinungsverschiedenheiten abgeschliffen werden. So haben wir uns dank der starken Hand des Herrn Präsidenten bei der Beratung der meisten Gesetze und Anträge wieder zusammengefunden.

In meinen Dank darf ich auch unseren früheren Präsidenten, Herrn Dr. Michael **Horlacher**, einschließen. Er war uns ein lieber Präsident gewesen und hat geraume Zeit das Präsidium geführt. Auch er hat es verstanden, die Wogen zu glätten, die Gegensätze zu mildern.

Nochmals, Herr Präsident: Herzlichsten Dank des gesamten Landtags für Ihre objektive und gerechte Führung der Geschäfte!

Ich darf nun noch einen Wunsch an das **bayerische Volk** richten. Er geht dahin: Möge unser bayerisches Volk bei der Wahl am nächsten Sonntag der Aufgabe eingedenk sein, ein Parlament zu wählen, das **arbeitsfähig** ist! Möge es nicht irgendwelchen **Demagogen und politischen Hasardeuren** zum Opfer fallen! Ein arbeitsunfähiges Parlament wäre das unvermeidliche

(Stad [SPD])

Ergebnis. Ein arbeitsunfähiger Landtag aber liegt weder im Interesse des bayerischen noch des deutschen Volkes.

(Laute Zustimmung.)

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren! Namens der Fraktion der Freien Demokratischen Partei darf ich mich den Dankesworten des Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD anschließen. Auch wir danken dem Herrn Präsidenten und seinem Vorgänger für das Verständnis, die Ruhe und die Sachlichkeit, mit der sie unsere Verhandlungen stets geleitet und so erreicht haben, daß aus der Arbeit des Bayerischen Landtags das geworden ist, was werden sollte: eine Arbeit, nicht überstrahlt von einseitiger Parteipolitik, sondern eine **Arbeit zum Wohle des gesamten bayerischen Volkes.**

Meinen Dank darf ich ausdehnen auf die Mitglieder der Staatsregierung. Stets hatten sie die Freundlichkeit, den Fraktionen und einzelnen Abgeordneten entgegenzukommen, ihre Wünsche entgegenzunehmen und sie zu beraten.

Mein Dank gilt ferner den Herren Vorsitzenden der anderen Fraktionen. Ihrer sachlichen Führung gelang es, jene Zusammenarbeit anzubahnen und zu verwirklichen, auf die wir alle, glaube ich, stolz sein können.

Nicht versäumen möchte ich schließlich, den Beamten und Angestellten des Hauses für ihre bewährte Mitarbeit zu danken, mit der sie den reibungslosen Ablauf der Arbeiten gefördert haben.

Ich kann es mir wohl ersparen, im Anschluß an meine Vorredner auch meinerseits einen Aufruf an das bayerische Volk zu richten. In der Demokratie sollte es die **selbstverständliche Pflicht** jedes Staatsbürgers sein, zur **Wahl** zu gehen. Denn erst dann werden wir eine wirkliche tragfähige Basis der Demokratie, ein echtes, tiefes Gefühl für den demokratischen Staat haben, wenn es einer solchen Empfehlung überhaupt nicht mehr bedarf.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (FVG): Hohes Haus, hochverehrter Herr Präsident! Auch ich möchte namens der noch immer drittgrößten Fraktion dieses Hauses, der Freien Fraktionsgemeinschaft, Ihnen, Herr Präsident, herzlich dafür danken, daß Sie immer und stets bemüht waren, uns gegenüber Ihre Geschäftsführung sachlich und einwandfrei zu tätigen — was man von Ihrem Herrn Vorgänger nicht immer sagen konnte —

(Weiterkeit. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Stang: Ich bitte, meinen Vorgänger in Ruhe zu lassen.

Dr. Rief (FVG): — und was gegenüber der **schwarz-roten Mehrheitsdiktatur** dieses Hauses nicht immer leicht war.

(Zurufe: Oh! — Widerspruch.)

Wenn es gegen uns ging, wenn es sich darum handelte, unsere Anträge abzulehnen, meine Herren von rechts und links, dann waren Sie sich immer einig.

(Abg. Brunner: Warum jetzt noch ein Kabarett, Herr Kollege?)

Im übrigen halte ich es wie Schopenhauer, der einmal gesagt hat, jedes überflüssige Wort wirke seinem Zweck gerade entgegen. Ich möchte deshalb mein Herz mit einigen Versen meines Landsmannes Schiller entlasten, der gefragt und gesagt hat:

Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist Unsinn.

(Weiterkeit.)

— Er hat noch etwas gesagt:

Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen . . .
Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;
Der Staat muß untergehen, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.

(Zuruf: Gut! — Unruhe.)

Präsident Dr. Stang: — Herr Abgeordneter Dr. Rief, ich hätte gewünscht, daß Sie diese weisevolle Abschlusssunde nicht durch solche Töne getrübt hätten.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für alle guten Wünsche und für die Dankesbezeugungen, die Sie mir erstattet haben, muß Sie aber bitten, sich in dieser Stunde des Abschieds an die parlamentarische Tradition zu halten.

(Zustimmung.)

Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer (CSU): Herr Präsident, hohes Haus! Bei der Schaffung der bayerischen Verfassung, an der ein sehr großer Teil der Abgeordneten des jetzt auseinandergehenden Landtags mitgewirkt hat, bewegte uns der Grundgedanke, dem bayerischen Staat eine möglichst stabile und von Erschütterungen freie Regierung zu geben. Wir strebten an, daß der Landtag eine Regierung wählt, die möglichst für die ganze Dauer der Wahlperiode arbeiten kann. Nach Ablauf der Wahlperiode soll der Wähler entscheiden, ob er die Tätigkeit der Männer, die für ihn gearbeitet haben, billigt oder ob er mit ihnen nicht zufrieden ist.

Der erste bayerische Landtag hat dieses Prinzip durchgehalten und es ist uns gelungen, der bayerischen Staatsregierung diese vier Jahre hindurch ohne Erschütterung die Arbeit zu ermöglichen und auch die Arbeit des Landtags ohne eine vorzeitige Auflösung zu Ende zu bringen. Ich freue mich darüber und ich hoffe, daß mit diesem Beispiel den kommenden Landtagen der Weg gezeigt ist.

Ich möchte nicht versäumen, meinerseits zu dem Dank, der ausgesprochen worden ist, noch den Dank an den Herrn Vizpräsidenten Hagen hinzuzufügen,

(lebhafter Beifall)

der, das sei hier ausdrücklich festgestellt, mit besonders aner kennenswerter Sachlichkeit und Objektivität seines Amtes gewaltet hat.

(Erneuter Beifall.)

Ich möchte diesen Dank ausdehnen auf den zweiten Vizpräsidenten, auf die übrigen Mitglieder des Prä-

(Dr. Hundhammer [CSU])

fidiums, auf die Angehörigen des Landtagsbüros und auf die Referenten der Ministerien.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich wünsche allen Kollegen in diesem Hause, ihr weiteres Lebensschicksal möge sie eine glückliche Bahn führen. Möge ihnen das große Interesse, das sie den öffentlichen Dingen in unserem Lande entgegengebracht haben, Segen und weiteren Erfolg bringen!

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Stang: Meine Damen und Herren! Es sind nun so viele Worte des Dankes gefallen, daß der Präsident dieses Hauses sich veranlaßt sieht, auch seinerseits noch zu danken,

(Heiterkeit.)

zu danken vor allem für die freundlichen Worte des Lobes und der Anerkennung, die heute laut geworden sind.

Ich bin nun seit bald 40 Jahren Mitglied des bayerischen Parlaments, also ein alter parlamentarischer Hase. Da muß ich nun schon sagen: Nach alter Übung blieb es am Schluß einer Wahlperiode der größten Fraktion des Hauses vorbehalten, allen anderen den Dank zum Ausdruck zu bringen. Diese Übung wurde heute verlassen, und daher bin ich etwas aus dem Geleise geworfen worden, soweit das bei mir möglich ist.

(Heiterkeit.)

Da muß ich nun noch feststellen: Selbstverständlich war es meine Absicht, den Dank, den der Herr Kollege Stoc mir als dem Präsidenten ausgesprochen hat, auf meine verehrten Kollegen im Präsidium, die Vizepräsidenten Hagen und Kübler auszudehnen. Gerade diese beiden Herren waren es, die meinem Vorgänger und mir alle-

zeit hilfreich beigestanden sind und niemals gezögert haben, auch in der Büroarbeit, soweit ich ihnen noch etwas übrig ließ, wertvolle Dienste zu leisten.

(Beifall.)

Worte des Dankes gebühren auch unseren verehrten **Schriftführern**, die ihrer Pflicht mit erfreulicher, manchesmal auch noch anzuspornender Gründlichkeit nachgekommen sind.

Mein Dank würde lückenhaft sein, wollte ich nicht die Beamten und Angestellten des Hauses einbeziehen, deren verantwortungsvolle und beschwerliche Arbeit bei der Erledigung der Geschäfte niemand besser zu würdigen weiß als ich. Darum möchte ich diese Stunde des Abschieds nicht vorübergehen lassen, um ihnen allen in Ihrer aller Namen zu danken, vom Direktor des Landtagsamts bis hinunter zur Putzfrau.

(Lebhafter Beifall.)

Unser Dank gilt endlich und nicht zuletzt den **Referenten der Ministerien**, die uns immer mit Freundlichkeit entgegengekommen sind und mit Dienstleister unsere Arbeit gefördert haben.

Nun ist, glaube ich, des Dankes genug gesagt. Sollte ich irgendwen vergessen haben, so bitte ich um Generalabsolution, damit mir in diesem Punkt die volle Reinheit des Gewissens gegeben ist.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für Ihr langes Ausharren in dieser Abschiedsstunde und wünsche Ihnen allen noch einmal alles Gute für Ihren ferneren Lebensweg.

Ich schließe die letzte Sitzung dieses Landtags.

(Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung um 14 Uhr 20 Minuten.)